

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Pettizeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 160.

Freitag, den 11. Juli 1913.

20. Jahrg.

Hierzu 1 Beilage und „Die Neue Welt“

Die neuen Steuern.

Vom Reichstagsabgeordneten Dr. A. S ü d e t u m.

VII.

Annahmen oder ablehnen?

Indem sich das Steuerbündel ungefähr so gestaltet hatte, wie wir es in den vorausgegangenen Artikeln kurz schilderten, entstand für die sozialdemokratische Reichstagsfraktion die Frage, wie sie sich zu dem Ganzen und seinen einzelnen Teilen stellen sollte. Eine prinzipielle Erörterung, ob wir Sozialdemokraten überhaupt dem heutigen Systeme Gelder für militärische Zwecke bewilligen wollen oder nicht, schied aus, weil darüber überhaupt nie eine Meinungsverschiedenheit bestanden hat. Die Fraktion steht einmütig und in sicherer Uebereinstimmung mit der Gesamtpartei auf dem Standpunkte, daß sie zwar, wenn sie die Verantwortung zu tragen hat, dem Vaterlande den notwendigen Schutz ganz gewiß nicht verjagen darf, noch will, wohl aber dem heutigen Militarismus jeden Mann und jeden Groschen verweigern muß. Diese prinzipielle Gegnerchaft gegen den Militarismus war in einem wochenlangen scharfen und, wie wir erwarten dürfen, für die Zukunft auch sehr folgenreichen Kampfe zum Ausdruck gebracht worden. Das Schicksal der Militärvorlage hatten wir nicht wenden können. Als Minderheitspartei, beinahe ganz allein stehend, mußten wir unterliegen. Die Vorlage wurde Gesetz, daran war nichts zu rütteln. Alle bürgerlichen Parteien, mit Ausnahme kleiner Gruppen, hatten sich von Anfang an zu diesem Werke zusammen getan. Jetzt handelte es sich nur noch um die andere Frage, wer die Kosten tragen sollte. Bei ihrer Entscheidung die gewaltige Wucht der 110 sozialdemokratischen Stimmen nicht in die Waagschale zu werfen, wäre geradezu ein Verbrechen am werktätigen Volke gewesen. Es wird wohl niemand gewesen sein, der es anders gewollt hätte. Jedenfalls meinte die ganz überwältigende Mehrheit der Fraktion unbedingt, daß wir gemäß dem mit der französischen Bruderpartei erlassenen Manifest vom 1. März ds. Js. alles daran setzen müßten, um die Lasten der von uns scharf bekämpften aber nicht zu verhindernen Rüstungen auf die Schultern der Besitzenden zu legen.

Man hat nun gesagt, es wäre vielleicht doch möglich gewesen, die Militärvorlage dadurch zu Falle zu bringen oder lange Zeit hinaus zu zögern, daß man sie mit den Deckungstragen in irgend einer Weise, z. B. durch ein Mantelgesetz, verpöppelte. Das Mißliche dieser Ansicht leuchtet schon ein, wenn man sich vergegenwärtigt, wer diesen Plan im Reichstage tatsächlich betrieben hat; es waren nämlich die Konservativen und das Zentrum, die sich beide einen maßgebenden Einfluß auf die Gestaltung der Deckungsgesetze zu sichern suchten, aber fürchten mußten, durch eine taktisch kluge Haltung der Sozialdemokratie dabei ausgeschaltet zu werden. Als die Sozialdemokratie der Parole, daß die Heeresvorlage und die Deckungsgesetze unter allen Umständen von einer und derselben Mehrheit angenommen werden müßten, schon in der ersten Lesung im Reichstage erfolgreich entgegen traten, hat das Zentrum im weiteren Verlauf der Dinge noch eingeschwenkt, die hartnäckigen und weniger geschickten Konservativen sind aber an die Wand gedrückt worden. Sie haben nicht durchsehen können, was noch 1909 ihr Führer von Seydewitz, damals der Sieger im Kampfe, als seiner Partei festen Willen hingestellt hatte, daß nämlich der aus demokratischem Wahrsinn entspringende Reichstag niemals das Verfügungsrecht über das Portemonnaie der Reichen haben dürfe. Die Niederrückung der Konservativen wäre nicht möglich gewesen, wenn die Sozialdemokratie sich durch die Zusammenkupelung der beiden Materien die Entscheidung sowohl über Heeresvorlage wie über Deckungsgesetze hätte nehmen lassen und sie in die Hände der Konservativen und des Zentrums gelegt hätte, denen dann die Liberalen rettungslos unterworfen gewesen wären.

War es, wie wir dargelegt haben, Pflicht der sozialdemokratischen Fraktion, die Lasten der Rüstung nach Möglichkeit auf die Schultern der Besitzenden zu legen, und bestand der Wille dazu, dann galt es nunmehr den Willen in die Tat umzusetzen. Bei den verwickeltesten Mehrheitsverhältnissen des deutschen Reichstages leichter gesagt als getan! Wir müssen, um das näher zu erklären, noch einmal bis zu den Anfängen der Verhandlungen zurückkehren. Da keine Partei, auch keine eng zu einander gehörige Parteiengruppe die Majorität für sich hatte, so ergab sich, daß die Lösung der Deckungsfrage nur durch ein Kompromiß sonst weit von einander verschiedener Parteien gefunden werden konnte. Die berühmte „Linie von Bebel bis Bassermann“ hätte wohl eine schwache numerische Überlegenheit über die anderen

Gruppen herstellen können, aber doch eigentlich nur so lange wie die Geschichte nicht ernst wurde. Denn bei der Abneigung der Rechts-National Liberalen gegen eine wirklich durchgreifende und in die Hunderte von Millionen gehende Erhöhung der Erbschaftssteuer wäre sie ja kaum aktionsfähig geworden; gegen eine reine Vermögenssteuer legte die Regierung unüberwindlichen Widerspruch ein. Dadurch waren die Möglichkeiten, die sich für eine wenigstens einigermaßen annehmbare Lösung der Steuerfrage der Sozialdemokratie boten, erheblich eingeschränkt. Die Folge der verwirrten Verhältnisse und der ungeklärten Majoritätszustände war schließlich ein Gemisch von Vorschlägen, die für die Sozialdemokratie zum Teil unannehmbar, zum Teil aber entschieden zu verwerfen waren. Wenn die Dinge einmal so stehen, dann ist es für eine Partei offenbar das Vorteilhafteste, sich die Freiheit ihrer Entscheidung auf der ganzen Linie zu bewahren, aber doch mit anderen Gruppen soweit in Fühlung zu bleiben, daß nichts Ernsthaftes ohne oder gar gegen ihren Willen geschehen kann. Wenn nicht alles täuscht, hat die sozialdemokratische Fraktion diese Linie bei allen Verhandlungen dauernd innezuhalten verstanden.

(Schluß folgt.)

Politische Rundschau.

Deutschland.

Reichsgesetz über die Haftpflicht der Eisenbahnen.

Eine politische Korrespondenz meldet: „Der Entwurf über die Haftpflicht der Eisenbahnen ist nach langwierigen Vorverhandlungen mit den Regierungsstellen und den Vertretern des Verbandes deutscher Lohnführer unternehmer und des Vereins deutscher Straßenbahn- und Kleinbahnverwaltungen endgültig abgeschlossen worden; er wird als eine der ersten Vorlagen des Bundesrat im Herbst beschäftigt und im Winter dem Reichstage vorgelegt werden. Der Entwurf regelt die Haftpflicht der Personenschäden und Sachschäden. Gemäß den Anträgen der Interessenten ist in dem Entwurfe unterschieden zwischen Bahnen mit eigenem Bahnkörper und Bahnen in Straßen ohne besonderen Bahnkörper. Für erstere gelten im allgemeinen die Bestimmungen des Reichshaftpflichtgesetzes unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse, während für die Straßenbahnen die Haftpflichtbestimmungen dem Automobilhaftpflichtgesetz nachgebildet sind. Für die Straßenbahnen empfahl es sich, die ziemlich schweren Bestimmungen des Reichshaftpflichtgesetzes zu mildern, da diese Bahnen eigentlich noch schlechter gestellt sind als Automobile, die Zusammenstöße viel eher wie eine Schienenbahn ausweichen können.“

Alles den Agrariern zuliebe.

Ueber die Weiterführung des landwirtschaftlichen Unterrichts im Heere haben, wie die „Post“ meldet, sowohl der Kriegsminister wie der Minister für Landwirtschaft kürzlich Verfügungen erlassen, in denen im Gegensatz zu Meldungen pessimistischer Art betont wird, daß die bisherigen Erfahrungen keineswegs die Annahme rechtfertigen, daß die versuchsweise eingeführten Unterrichtskurse aufgegeben werden sollten. Andererseits konnte auch noch nicht zu einem abschließenden Urteil darüber gelangt werden, ob die Einrichtung als eine dauernde und obligatorische eingeführt werden soll. Der landwirtschaftliche Unterricht hat sich, so heißt es in der Meldung der „Post“, nach den vorliegenden Berichten insofern günstig entwickelt, als in den Garnisonen jetzt überall ein Zusammengehen aller beteiligten Faktoren zu erkennen ist und auch auf eine planmäßige Leitung des Unterrichts hingewirkt wird.

Die „Unterrichtskurse“ haben zweifelsohne den Zweck, den Agrariern willige Arbeitskräfte zuzuführen. Man scheint aber selbst in der Kaserne den Lokrufen so wenig Gehör geschenkt zu haben, daß die Einstellung des „Unterrichts“ ins Auge gefaßt worden ist.

Eine prinzipial-brenzliche Gründung.

Die Fürstensöhne zogen, wie es uns jedes Schullesebuch erzählt, früher immer aus, um dem Vater neue Länder zu erobern. Heute ist das mitunter anders. Da werden von Prinzen Bücher geschrieben und Festspiele befaßt, oder so ein Prinz, wie Heinrich XXXII. von Rußland, lernt erst Kaufmann und gründet sich dann seine eigene Kolonialgesellschaft. Tatsächlich hat der zweiunddreißigjährige Heinrich von Ruß vor einiger Zeit zwei Rautschutplantagen in Deutsch-Ostafrika erworben und diese dann, wie man sozusagen lernt, recht anständig bewirtschaftet in eine G. m. b. H. eingebracht, die den Namen Manga Marimba G. m. b. H. führt. Gleich im ersten Jahre entstand ein Verlust von 45 400 Mark. Im zweiten Jahre verstand es der tüchtige Vorsitzende des Auf-

sichtsrats, Prinz Heinrich, das Defizit zu verringern. Jetzt hat die Gesellschaft mit nur 27 700 Mark Verlust abgeschlossen. Man muß sagen, das ist auch eine vornehme Beschäftigung, Defizite zu verkleinern.

Früher gingen fürstliche Gelder mit zerbrochenen Rennpferdeknochen drauf. Heute gründet man keinen Rennstall mehr, sondern eine Kolonialgesellschaft. Man kann sich aber auch, wie der Erbprinz von Meiningen und verschiedene andere vornehme Leute, an einer Flugplatzgesellschaft interessieren. Das Regieren der Untertanen läßt ja doch so viel freie Zeit übrig, daß es sich lohnt, sie nutzbringend zu verwerten.

Der „starke Mann“ unterlegen.

In der Reichstagswahl für Salzweid- Gardelegen erhielt der Kandidat der Konservativen v. Kröcher 11 000 und der Bauernbündler Böhme 13 803 Stimmen. Das Ergebnis einiger Ortsschaften steht noch aus. Die Wahl Böhmes gilt als sicher.

Die sächsischen Konservativen

fühlen sich in ihrer Vereinsamung recht unglücklich, sie suchen mit aller Gewalt wieder in engere Beziehungen zu den National Liberalen zu kommen. Der „Bösischen Zeitung“ wird hierzu aus Dresden geschrieben:

„Die Konservativen in Sachsen haben bereits zweimal von den National Liberalen einen Korb erhalten, als sie Annäherungsversuche machten. Trotzdem haben sie soeben einen Beschluß gefaßt, der darauf hinausläuft, einen dritten Versuch zu unternehmen. Sie haben nämlich beschlossen, auf jeden Fall die Wiederwahl des sozialdemokratischen Vizepräsidenten Fräsdorf in das Präsidium der Zweiten Kammer zu verhindern. Weiter haben die Konservativen beschlossen, eine gegenseitige Wiederannäherung der bürgerlichen Parteien in dem Sinne zu fördern, daß unter ihnen bei voller Wahrung ihres grundsätzlichen Standpunktes jede unnötige Verschärfung des Kampfes vermieden und dadurch wieder eine „gemeinsame Bekämpfung der Gegner der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung“ ermöglicht wird.“

Nach der Mitteilung der „Bösischen Zeitung“ zieren sich die National Liberalen und Fortschrittler noch etwas gegen das Liebeswerben der Konservativen, weil diese erst jüngst über das Steuerkompromiß sehr grob geworden seien, aber lange wird der sächsische Liberalismus sich nicht nötigen lassen. Die nächste Landtagsession dürfte schon ein anderes Gesicht zeigen.

Der Kampf der Schulbehörden gegen den Arbeiterturnerbund in Württemberg.

der sich äußert in dem Verbot des Beitritts von Schülern selbst zu den Jüglingsabteilungen, führte am Dienstag anlässlich einer sozialdemokratischen Interpellation zu einer scharfen Debatte im Landtag. Bei der Begründung der Interpellation wies Gen. Heymann nach, daß das Vorgehen der Schulbehörden jeder rechtlichen Grundlage entbehre. Der Kultusminister behauptete demgegenüber, bei den höheren Schülern ergebe sich das Recht der Verwaltung zu ihrem Verfahren aus der Unterwerfung der Schüler unter die Schulordnung, bei den Volksschülern aus dem Volksschulgesetz, das die Pflege der sittlichen Erziehung vorschreibe. Der Arbeiterturnerbund treibe sozialdemokratische Politik, Politik solle aber überhaupt aus der Schule ferngehalten werden, darum sei das Einschreiten der Schulbehörden berechtigt. Der Staat habe gegen die politische Verhütung der Jugend mit allen Kräften den Kampf zu führen. Nach dieser Antwort setzte Gen. Heymann dem Minister auseinander, daß gerade durch die Regierung der politische Kampf in die Schule getragen werde. Nach rechtsgültigen Gerichtsentscheidungen gelte selbst in Preußen der Arbeiterturnerbund nicht als politische Organisation. Politische Betätigung sei der deutschen Turnerschaft und dem Jungdeutschlandbund in viel höherem Maße nachzuweisen. Wenn die Regierung die Mitgliedschaft der Schüler in diesen Vereinen dulde, beim Arbeiterturnerbund sie verbiete, so mache sie sich der bewußten Parteilichkeit schuldig. Die bürokratische Ueberhebung, die auf alle Schöpfungen der Arbeiterklasse geringschätzig herabschäbe, äußere sich hier wieder in den kraßesten Formen.

In der anschließenden Debatte traten der Zentrumsführer Gröber, der National Liberal v. Sieber, der Konservative Wolff und mehr oder minder selbst der Volksparteiler Fischer dem Standpunkt des Ministers bei. Als Gröber es so darstellte, als habe die Pflege sozialdemokratischer Gefinnung im Widerspruch mit der sittlichen Erziehung, protestierte Genosse Reil durch heftige Zwischenrufe gegen diese Beschimpfungen und bezeichnete sie wiederholt als „unverschämte“, was ihm mehrere Ordnungsrufe eintrug. Kräftig ging sowohl mit den bürgerlichen Rednern als auch mit dem

Achtung! Parteigenossen!

Die Wahl der Delegierten zum diesjährigen Parteitag in Jena findet am

Sonntag, dem 13. Juli 1913

von 10 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags in folgenden Lokalen statt:

In Lübeck im Gewerkschaftshaus, Johannisstraße 50/52, im Etablissement „Weißer Engel“, Rakeburger Allee, in Storcks Restaurant, Friedenstraße, im Restaurant von Otto Martienssen, Lindenstraße, im Lokale „Neulauerhof“, Arminstraße.

In Moisling in Schreibers Kaffeehaus. In Schlutup bei Saborowski (Gasthaus zur Linde). In Travemünde im Lokale von Westphal, Torstraße. In Trems-Borwerk beim Wirt Stapelfeldt, Bogenstraße.

In Rüdnh-Siems im Lokale des Herrn Dieckelmann zu Rüdnh.

In Moorgarten im Wachholderkrug (Fr. Wehrend) Moorgarten.

In Büßau-Krummesse-Kronsforde im Lokale des Herrn König in Oberbüßau.

In Schönböden im Steinrader-Baum.

Zur Abstimmung dürfen nur die von der Wahlkreisleitung ausgegebenen Stimmzettel benutzt werden. Diese Stimmzettel werden nur im Wahllokal und nur an die sich durch Mitgliedsbuch legitimierenden Mitglieder verabfolgt.

Jedes Mitglied kann sein Stimmrecht in dem Lokal ausüben, das ihm am geeignetsten liegt! Selbstverständlich darf das Wahlrecht nur einmal ausgeübt werden.

Zu wählen sind drei Delegierte. Völlig unzulässig sind die von einer Seite schriftlich erfolgten Treibereien, alle Kandidaten bis auf einen auf der Liste zu streichen, damit dieser gewählt wird. Jedes Mitglied hat, wie gesagt, das Recht, für drei Delegierte nach freier Wahl zu stimmen.

Alles Nähere besagt das in den Wahllokalen aushängende Wahlreglement.

Die Mitglieder werden dringend ersucht, zur Wahl zu gehen.

Als Kandidaten sind vorgeschlagen die Genossen

- William Bromme-Lübeck, A. Haut-Moisling, Frau Jekstat-Lübeck, J. Mehrlein-Lübeck, H. Schmidt-Lübeck.

Der Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins.

Lohnbewegung im Gastwirtsgerwerbe. Vom Verband der Gastwirtsgehilfen wird uns geschrieben: Nachdem in den letzten Wochen mehrere Sitzungen zwischen dem Vorstand des Gast- und Schankwirtsvereins für Lübeck und Umgegend und den Vertretern des Verbandes der Gastwirtsgehilfen, Ortsverwaltung Lübeck, unter Hinzuziehung der hiesigen Kartellkommission stattgefunden haben und die Mitgliederversammlungen der beiden Parteien gesprochen hatten, kam am Montag, dem 7. Juli, eine Einigung zustande. Der Gast- und Schankwirtsverein erkennt den vom Gastwirtsgehilfen-Verband vorgelegten Tarifvertrag (mit Abänderung einiger Punkte) an. Weiter wurde eine Kommission, bestehend aus 3 Arbeitgebern und 3 Arbeitnehmern, gebildet, welche bei etwa vorkommenden Differenzen als Schlichtungskommission fungieren soll. Der Tarif ist für ein Jahr abgeschlossen und läuft stillschweigend weiter, wenn er nicht von einer Seite einen Monat vor Ablauf gekündigt ist. Hiermit sind die Differenzen zwischen diesen beiden Korporationen beigelegt. Natürlicherweise wird der Verband der Gastwirtsgehilfen auf diesem Wege nicht stille stehen, sondern versuchen, mit Wirten, die außerhalb des Gast- und Schankwirtsvereins stehen, Einzelverträge abzuschließen.

Das verbotene Jahrhundertfestspiel von Gerhart Hauptmann besprach gestern Abend in einer zahlreich besuchten von liberaler Seite einberufenen Volksversammlung Herr Rechtsanwalt Hähler. In Breslau sind bekanntlich liberale Stadtväter vor dem älteren Sohne Wilhelms II. zusammengeknüpft, als dieser mit der Niederlegung der Protektion über die Jahrhundertausstellung drohte, wenn das Festspiel Hauptmanns noch weiter aufgeführt werde; in Lübeck können die Liberalen hingegen männlich stolz ihr Haupt in die Höhe recken und gegen das Verbot protestieren. Sie riskieren dabei ja nicht den Verlust der Gunst hoher Personen, die ihnen sonst nicht minder wertvoll sein dürfte, als ihren Breslauer politischen Glaubensgenossen. Ob man nun mit Hauptmann einverstanden ist oder nicht: anerkannt muß werden, daß er eine aufrechte Persönlichkeit und gegenwärtig Deutschlands bedeutendster Dichter ist. Das Verbot seines Festspiels spricht deshalb auch nicht gegen Hauptmann, sondern gegen den, der es veranlaßt hat.

Der Referent der gestrigen Versammlung, Herr Hähler, bekennt sich nicht zu den Bewunderern Hauptmanns. Dennoch könne er die Art und Weise nicht billigen, wie man gegen ihn vorgegangen sei. Der anfängliche Erfolg des Festspiels, das vom Vortragenden in der Hauptsache rezitiert wurde, lag in dessen Unterstützung durch den bedeutendsten Bühnentechniker der Welt, Reinhardt, ohne welche das Werk an vielen Stellen direkt ins Wasser gefallen wäre. Eine raffinierte Regiekunst bewährte Hauptmann vor diesem Schicksal. Der Prolog als unmittlärster Teil erinnere an Goethes Faust, ohne ihm innerlich nahe zu kommen. Als Grundgedanke herrsche die Abhängigkeit des Menschen vom Schicksal, in dessen Macht die Menschen nur Puppen seien. Auch die größte „Puppe“ der Welt sei abhängig von einer höheren Macht. Die Form von Hauptmanns Puppenfiguren liege unferm Empfinden so entfernt wie möglich, sei unvollständig, entspreche einem Ostar Wilde oder Frank Bedekind, passe absolut nicht zu einem Festspiel. Die einzelnen Abschnitte, wie die Jakobinerzene, der Fastnachtszug, Personen wie Friedrich der Große, Hegel, Schopenhauer, Nietzsche, die Verkörperung Englands durch John Bull, Napoleon wurden kritisch beleuchtet. Gut gelungen sei die Allegorie Napoleons als Zeus, der durch ein Schneetreiben eingeweiht werde. Wie der Anfang, so sei auch der Schluß am heftigsten angegriffen. Nach den schönen Worten Athenes, die die Friedensbestrebungen verkörpere, komme wieder der Direktor mit den ironischen Tönen, der auch über Blücher mit einem karbonischen Lächeln hinweggehe.

Minister Gen. Hildenbrand ins Gericht. Er kennzeichnete die Auffassung des Ministers als die zum Prinzip erhobene Willkür und erklärte, die Herren dürften sich nicht einbilden, daß sie durch das gegen die Arbeiterturner geschaffene Ausnahmerecht die Arbeiterjugend ins Lager der bürgerlichen Jugend- und Sportvereinigungen hineintreiben könnten. Mit der Forderung der Gleichberechtigung der Arbeiterturner werde nunmehr die Sozialdemokratie vor die Wähler treten. Am den Erfolg sei es ihm nicht bange. Heymann zeigte noch an der Hand zahlreicher Beispiele, wie die deutsche Turnerschaft systematisch den Kampf gegen die Sozialdemokratie, also Politik in der gehässigten Form treibt.

Dieser Kampf der Behörden gegen die Arbeiterturner wird auf das politische Leben in Württemberg nicht ohne Einfluß bleiben.

Regierung und Erbschaftsteuer.

Die Merikale „Schlesische Volkszeitung“ macht in einer Auseinandersetzung mit der „Deutschen Tagesztg.“ folgende Mitteilung:

Tatsächlich haben die maßgebendsten — wir bitten den Superlativ zu beachten — Stellen der Regierung in Vorbesprechungen keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie die reine Erbschaftsteuer von einer beliebigen Mehrheit, in der auch die Sozialdemokraten hätten sein können, angenommen haben würden, wenn anders keine Verständigung erzielt worden wäre. Daran ist nichts zu ändern. Ob die Regierung schließlich der national-liberalen Partei gegenüber Druckmittel in der Hand hatte oder nicht, lassen wir ruhig dahingestellt. Eine andere Frage ist die, ob die Regierung den Willen hatte, diese Druckmittel den Nationalliberalen gegenüber in Anwendung zu bringen.

Die „Kreuzzeitung“ gerät über diese Meldung ganz außer sich, bedeutet sie doch, sofern sie richtig ist, daß der Einfluß der Junker auf die Regierung viel geringer ist als bisher schien. Wenn die Regierung sich in Geldnot befindet, fragt jetzt auch die deutsche Regierung den Teufel danach, woher und auf welche Weise sie das Geld bekommt. Man kann daher begreifen, wenn die „Kreuzzeitung“ die Meldung des Merikalen Blattes mit folgender Klage begleitet:

Wenn diese Angaben zutreffend sind, wie man angesichts der Quelle doch wohl annehmen muß, so sind die Ausstellungen, die wir bisher bereits an der schwächlichen Haltung der Regierung machen mußten, nicht mehr scharf genug, um das ganze Maß ihrer Nachgiebigkeit zu kennzeichnen. Sie hat danach trotz der Rede des Reichskanzlers von vornherein von jedem Kampf für ihre Vorlage abgesehen, und war bereit, die Sozialdemokratie zum ausschlaggebenden Faktor des ganzen Geschehenswerkes zu machen. Bleiben die Mitteilungen der „Schlesischen Volkszeitung“ ungefochten, so hat das Vertrauen in die Kraft der Regierung damit einen neuen schweren Stoß erlitten.

Hoffentlich weiß sich Bethmann-Hollweg über dieses Mißtrauensvotum der Konservativen zu trösten.

Der kriegsministerielle Reichsvater.

Für die bürgerlichen Parteien und insbesondere für das Zentrum besteht das Wesen der Politik darin, im Wege des Kompromisses mit den herrschenden Mächten soviel als möglich herauszuschlagen. Daher kann bei diesen Parteien auch von prinzipieller Politik keine Rede sein. Kuhhandel ist Trumpf. Im Kriegsministerium ist nun der berufene Kuhhändler, der die Geschäfte mit den bürgerlichen Parteien zu führen hatte, der General v. Wachs gewesen, der, dem Kriegsminister v. Heeringen folgend, jetzt aus seinem Amte ausgeschieden ist. In der „Germania“ widmet ein Zentrumsparteiamentarier und begeisterter Anhänger der Hintertreppolitik dem General v. Wachs diesen Nachruf:

General v. Wachs hatte schon als Chef der Ministerialabteilung unter dem Minister v. Götler einen über seine damalige Stellung weit hinausreichenden Einfluß. Als Direktor des Reichstagsabteilaments war er dann, das wußte jeder Reichstagsabgeordnete, im ureigensten Sinne die rechte Hand der Minister v. Einem und v. Heeringen. Und noch mehr — er war der Vertrauensmann der Volkstretter aller Parteien. Wer in militärischen Einheiten oder im Anliegen hatte, ging zum General Wachs; er war sicher, dort liebenswürdig gehört und beschieden zu werden. Wenn es sich um eine Vermittlung handelte, wandten sich die Fraktionsführer an ihn, sie wußten, daß damit die Sache in die besten Hände gelegt sei, und wurden niemals enttäuscht. Wachs fand sicher einen Ausweg, der schließlich beiden Seiten annehmbar war, das Regierungsinteresse nicht außer Acht ließ und ebenso den von der anderen Seite geäußerten Wünschen oder geltend gemachten Bedenken soweit nur irgend möglich Rechnung trug.

Mit klarem Urteil, das sich nicht nur einseitig auf rein militärische Fragen beschränkte, verband er bei aller militärischen Geradheit ein außerordentlich liebenswürdiges Wesen und eine wohlthuende Ruhe, die ihn vor Entgleisungen bewahrte. Diese Eigenschaften befähigten ihn, zu verhandeln, auszugleichen und zu versöhnen. Wo von dritter Seite ein fauz pas gemacht war, arbeitete Wachs, der im Reichstage nur selten das Wort ergriffen hat, im stillen und brach der Sache die Spitze ab. ... Mit einem Worte läßt sich die Vertrauensstellung (des Generals v. Wachs) kennzeichnen. General v. Wachs wurde nämlich überhäuft in Abgeordnetenkreisen der kriegsministerielle Reichsvater“ genannt.

Nationalliberale Zäzmerlichkeit.

Die Nationalliberalen, die eben noch von den Konservativen wegen ihrer Haltung bei der Erledigung der Vorlage vorliegen rechts und links um die Ohren gehauen werden, geben für Jauch-Belzig die Stimmwahrparole aus, für den Konservativen und gegen den Sozialdemokraten zu stimmen. An der Spitze der Nationalliberalen Korrespondenz befindet sich die folgende fauzer parteipolitische Reizung:

In Reichstagswahlkreise Jauch-Belzig-Ludowalde findet am Freitag die Stimmwahl zwischen dem freilichselbständigen bisherigen Abg. v. Derzen und dem

sozialdemokratischen Kandidaten statt. Die Volkspartei hat soeben Parole gegen Herrn v. Derzen ausgegeben. Demgegenüber halten wir es für selbstverständlich, daß die Nationalliberalen Mann für Mann ihre Stimmen dem bürgerlichen Kandidaten zuführen. Da die Volkspartei es unterlassen hat, positiv zur Wahl des Sozialdemokraten aufzufordern, so kann, selbst wenn die fortschrittlichen Wähler insgesamt der Weisung ihrer Parteileitung folgen sollten — was bekanntlich im Vorjahre nicht der Fall war — erwartet werden, daß der Wahlpreis dem nationalen Bürgertum erhalten bleibt.

Der nationalliberale Verein Ost-Charlottenburg, dem die Geschichte an sich gar nichts angeht, erläßt auch noch eine große Erklärung, in der aufgefodert wird, für den „maßvollen“ und „keineswegs reaktionären“ Politiker v. Derzen zu stimmen. Natürlich haben entsprechend dieser Weisung die nationalliberalen Vereine im Wahlkreise selbst die gleiche Parole ausgegeben. Glücklicherweise kann die einfältige Rederei der Nationalliberalen, denen offenbar vor ihrer Mannhaftigkeit den Konservativen gegenüber schon wieder bange ist, nicht viel Unheil anrichten. Im Kreise Jauch-Belzig spielt die nationalliberale Partei gar keine Rolle. Es wurden im Jahre 1877 einmal 186 Stimmen und im Jahre 1893 für den nationalliberalen Abg. Sobrecht 761 Stimmen abgegeben; sonst weist der Kreis, solange der Reichstag besteht, keine nationalliberalen Truppen weiter auf. Es mögen sich unter den für den Fortschritt abgegebenen Stimmen einige befinden, denen es wohl bei den Konservativen wie bei den Liberalen ist, aber die fallen für die Entscheidung nicht ins Gewicht. So wird die nationalliberale Parole weiter keine Bedeutung haben, als daß sich die Zäzmerlichkeit des Rechtsliberalismus wieder einmal in seiner ganzen Glorie zeigen konnte.

Der Fremdenlegionär Hans Müller.

Die Mitteilung, daß ein 17-jähriger Deutscher wegen Desertion aus der Fremdenlegion in Oran erschossen worden sei, war bekanntlich bestritten worden. Jetzt bringt der Pariser „Matin“ die aufklärende Mitteilung, daß das Kriegsgericht von Doudja, nicht das von Oran, einen Legionär Hans Müller zum Tode verurteilt hat und daß der Legionär vier Tage nach Fällung des Urteils jüsilert worden ist. Die traurige Angelegenheit hat aber insofern keine aktuelle Bedeutung, als das Urteil bereits am 12. September 1910 gefällt wurde, und für das Deutsche Reich entfällt der Anlaß zum Einschreiten, weil Müller, der zur Zeit seiner Hinrichtung nicht 17, sondern 20 Jahre alt war, kein Deutscher, sondern ein aus Zürich gebürtiger schweizerischer Staatsangehöriger gewesen ist.

Die Leichenverbrennung in Bayern.

In Bayern, das ein Ministerium hat, in dem die Einflüsse des Zentrums von großer Bedeutung, wenn nicht durchschlagend sind, wird der Zentrumskampf gegen die Leichenverbrennung mit großem Erfolge geführt. In München wurde von der Polizei eine Verordnung gegen die Leichenverbrennung erlassen. Rechtsrat Hörburger war von der Zentrumspresse seinerzeit beschuldigt worden, als Chef des Feuerbestattungswesens in München die oberpolizeilichen Vorschriften in der Feuerbestattungsangelegenheit nicht befolgt zu haben. Der Rechtsrat hatte, um den Anwürfen des Zentrums ein Ende zu machen, gegen sich selbst Anklage erhoben. Während nun die beiden ersten Instanzen zu einer Freisprechung Hörburgers kamen mit der Begründung, daß ein Verstoß schon deshalb nicht vorliegen könne, weil die oberpolizeilichen Vorschriften nicht zu Recht beständen, hat nun das oberste Landesgericht entschieden, daß die oberpolizeilichen Vorschriften doch zu Recht bestehen. Aber eine Freisprechung Hörburgers müsse deshalb erfolgen, weil die erhobenen Beschuldigungen nicht strafrechtlicher, sondern nur disziplinarer Natur seien, also der Zuständigkeit des obersten Landesgerichts nicht unterliegen. — Große Freude wird über die Entscheidung im Reiche der Schwarzen sein!

Balkan.

Friede in Aussicht? Die französische Agence Havas meldet aus Petersburg: Bulgarien erklärte, um Blutvergießen zu vermeiden, überlasse es völlig Rußland, die Einstellung der Feindseligkeiten herbeizuführen.

Das wäre also die Anrufung des Zaren als Vermittler. Zu den vielen merkwürdigen Dingen des Balkans gehören sicherlich in erster Linie die Stimmungsumschläge, die sozusagen über Nacht kommen. Man fragt sich, ob denn den Machthabern zehntausend Menschenleben so gleichgültig seien, daß sie sie opfern, weil sie sich noch nicht recht besonnen haben.

Auf Grund des bulgarischen Erforderns, in dem dem Generalissimus Samow die alleinige Schuld an der Offensive Bulgariens in Mazedonien beigegeben wird, haben die russischen Gesandten in Belgrad, Cetinje und Athen die Weisung erhalten, über die Bedingungen für den Waffenstillstand Verhandlungen einzuleiten. Es erscheint aber notwendig, diese Verhandlungen auch auf Bukarest auszudehnen, da gestern nachmittag rumänische Truppenteile die bulgarische Grenze überschritten haben.

Nach privaten Blättermeldungen hat der russische Minister des Äußeren Sazonow auf Ersuchen Bulgariens unverzüglich die Regierungen Serbiens und Griechenlands gebeten, ihm bekanntzugeben, unter welchen Bedingungen sie Frieden schließen wollen; er wäre geneigt, die Kriegführenden zu ersuchen, einen Waffenstillstand abzuschließen und die Delegierten nach St. Petersburg zu entsenden. Man glaubt, daß Sazonow die Intervention nicht angenommen hätte, wenn die bulgarische Regierung sich nicht bereit erklärt hätte, den Serben und Griechen Zugeständnisse zu machen und den Rumänen einen Teil des von ihnen beanspruchten Gebietes abzutreten.

Auch heute liegen wieder verschiedene Siegesmeldungen von allen Seiten vor. Bulgaren, Serben und Griechen liegen nennenswert. Wir verzichten darauf, unseren Lesern diesen Haß von Nachrichten zu unterbreiten, da keine ein zuverlässiges Bild über den wirklichen Stand der Dinge gibt.

Das Werk stelle ein seltsames Gemisch und einen schnellen Schritt vom Erhabenen zum Lächerlichen dar, sei künstlerisch nicht ausgereift. Es bilde höchstens einen Versuch zum Festspiel der Zukunft, unter dem man aber nicht eins verstehen soll, in dem nur strammgestanden und Hurra gerufen werde. Vorbilder sei etwa Kleists Werke und die Schatepeare'schen Königsdramen. Hauptmanns Werk fehle die Größe einer großen Zeit, die schlottrigen Verse würden dem Lebensrhythmus jener eisernen Tage nicht gerecht. Hauptmann wollte tief sinnig werden und wurde Wühler, ja er wird an einigen Stellen direkt albern. Wohl habe Hauptmann die beste Absicht gehabt, konnte er der Aufgabe aber nicht gerecht werden, hätte er sie ablehnen müssen. Deutsche Gestaltung dürfe man dem Dichter nicht absprechen, er habe Napoleon nicht verherrlicht, dieser habe ebenfalls von der unfreiwilligen Komik abgesehen, unter der so viele Heiden des Südes leiden. Nur gerecht ist er Napoleon geworden, hat ihn nicht als den bösen Humann hingestellt, wie er in der Schule gelehrt wird. In dem Stück ist freilich kein Monarch verherrlicht; über die Hohenzollern wurde stillschweigend hinweggegangen — und mit Recht. Als alle alle riefen, da kam der König auch. Ueber den Alerikalismus sagt Hauptmann wenig, es kann keinen verkehren, der sich nicht schuldig fühlt. Was der Redner über den, nicht von künstlerischen Gesichtspunkten geleiteten Spettakelzug des Breslauer Bischofs und der schlesischen Magnaten ausführte, denen das deutsche Empfinden selbst völlig fremd, ist von uns wiederholt gebracht worden. Der Kronprinz sei nur eine geklebte Person, immerhin bilde die Protektoratsfrage bei allen denen eine Lehre, die glaubten, nichts ohne einen prinzipialen Vorpass unternehmen zu können. Nicht wenig Aufsehen erregte die Zitierung einiger Stellen aus dem Artikel des „Lübecker Volksboten“, in dem die Wandlungsfähigkeit präfrischer Journalisten so treffend gekennzeichnet wurde. Der Redner fand für seinen zweifelhafte Vortrag lebhaften Beifall.

Kündigung resp. Rückkauf von Versicherungen bei der Volksfürsorge. Die Gegner der Volksfürsorge haben, obgleich sie von ihren Versicherungsbedingungen nicht die geringste Kenntnis hatten, fortgesetzt die Mär verbreitet, die Volksfürsorge beabsichtige eine „eiserne Umklammerung der Versicherten von der Wiege bis zum Grabe“. Wer sich der Volksfürsorge einmal angeschlossen habe, sei ihr unrettbar für seine ganze Lebenszeit verfallen. Die Gegner sind im Irrtum. Die Volksfürsorge wandelt nicht die Bahnen der alten Gesellschaften, in deren Versicherungsbedingungen es heißt: „Eine vorzeitige Zahlung für die Volksversicherungen oder deren Beilegung durch die Gesellschaft oder ein Rückkauf findet nicht statt.“

Dagegen heißt es in den Versicherungsbedingungen der Volksfürsorge für die Kapitalversicherungen: „Der Versicherungsnehmer kann die Versicherung jederzeit zum Schlusse des Versicherungsjahres kündigen. Im Fall einer Kündigung zahlt die Volksfürsorge vier Fünftel der auf die Versicherung geschäftsmäßig entfallenden Prämienreserve gegen Quittung zurück.“

Bei den Sparversicherungen lautet der Passus: „Der Versicherungsnehmer kann die Versicherung jederzeit kündigen. Im Fall einer Kündigung zahlt die Volksfürsorge 95 Prozent der für die Versicherung angesammelten Prämienreserve und die nicht gutgeschriebenen Prämien zurück.“

Keine Gesellschaft außer der Volksfürsorge gestattet bei der Volksversicherung unter derart kulanten Bedingungen die Kündigung von Versicherungen. Die Volksfürsorge wird ihre Leistungen, ihre Taten für sich reden lassen.

Sommerliche Hitze in Sicht. Nachdem die Witterung beinahe drei Wochen lang ununterbrochen regnerisch, kühl und ungesund gewesen ist, scheint sich nunmehr endlich eine Wendung zum Besseren vorzubereiten. Das außerordentlich depressive Gebiet, das fast den ganzen Erdteil beherrscht hat und Anlaß zu der ungünstigen Witterung gab, beginnt sich nunmehr auszufüllen und dürfte allmählich ostwärts abziehen. Sinter ihm rückt vom Atlantischen Ozean, in Bewegung gesetzt durch ein neues, südlich von Island erdichtenes Minimum, hoher Luftdruck gegen den Kontinent vor, unter dessen Einfluß nach und nach Aufweitung eintreten dürfte. Ein zweites Hochgebiet, das sich über Lappland befindet, ist bereits jetzt durch einen Rücken hohen Luftdrucks mit dem atlantischen Maximum verbunden, und sobald der Kern des letzteren auf das Festland gelangt, werden Trübung und Regenfälle, westwärts fortschreitend, ein Ende nehmen. Augenblicklich ist zwar unter dem Einfluß der westlichen Luftströmung das Wetter namentlich in Westdeutschland noch sehr kühl; unter der Einwirkung der Sonnenstrahlung dürfte aber hier nunmehr die Wiedererwärmung einsetzen und sich innerhalb zwei bis drei Tagen bis nach Ostdeutschland verbreiten. Wenn, was etwa bis zum Ende der Woche zu erwarten ist, die Winde überall östliche bis südliche Richtung angenommen haben werden, so kann auch mit einer stärkeren Erhitzung gerechnet werden, und der Hochsommer, der sich bisher noch wenig freundlich gezeigt hat, wird dann wohl zu seinem Rechte kommen.

Sterblichkeitsstatistik. In der Woche vom 22. bis 28. Juni sind nach den Veröffentlichungen des Kaiserlichen Gesundheitsamts von je 1000 Einwohnern, auf das Jahr berechnet, als gestorben gemeldet in: Wachen 11,8, Altona 15,2, Augsburg 15,6, Barmen 8,2, Berlin 11,6, Berlin-Schöneberg 11,3, Berlin-Wilmersdorf 7,8, Bochum 14,9, Braunschweig 14,1, Bremen 13,4, Breslau 14,1, Charlottenburg 8,0, Chemnitz 12,9, Danzig 18,0, Dortmund 16,4, Dresden 12,3, Duisburg 10,7, Düsseldorf 9,3, Eberfeld 10,8, Erfurt 10,7, Essen 9,2, Frankfurt a. M. 9,8, Gelsenkirchen 10,9, Halle 14,8, Hamburg 13,5, Hannover 11,1, Hannover 10,8, Karlsruhe 12,5, Kassel 11,3, Kiel 12,6, Köln 13,0, Königsberg 13,4, Krefeld 7,5, Leipzig 12,1, Lübeck 10,9, Magdeburg 15,6, Mainz 9,9, Mannheim 9,2, Mülheim a. d. R. 11,4, München 13,0, Neustadt 5,0, Nürnberg 12,1, Posen 11,0, Posen 23,4, Saarbrücken 9,7, Stettin 14,5, Straßburg 16,5, Stuttgart 11,3, Wiesbaden 17,0, London 10,3, Paris 16,9, Wien 14,2.

Säuglingsfürsorge. In dem Archiv für Kinderheilkunde, herausgegeben von Prof. Dr. Schloßmann, findet sich ein interessanter Aufsatz des hiesigen Fürsorgearztes Dr. med. Joel über „Die staatliche Säuglingsfürsorge in Lübeck“. Die Schilderung unserer Einrichtungen kommt zu dem Schluß, daß alle die Forderungen, die der bewährte Vorkämpfer der staatlichen Säuglingsfürsorge, Geheimrat Haube in Leipzig, auf dem dritten Kongreß für Säuglingsfürsorge in Darmstadt für die unehelichen Kinder stellte, sich erfüllen lassen und bei uns erfüllt sind, und daß wir mit unserm bis ins kleinste durchgeführten planvollen Zusammenarbeiten aller Arbeitskräfte (des Medizinalamts, Polizeiamts, Jugendamts, Standesamts, der Fürsorgeärzte, Fürsorgeschwestern und Hebammen) unser Ziel, die Verminderung der Säuglingssterblichkeit, erreichen. Es ist nur zu wünschen, daß sich recht viele Mütter den Segen dieser Einrichtungen zunutze machen, der am besten im Rückgang der Sterblichkeit bei den Unehelichen von 32,38 Prozent auf 15,18 Prozent im letzten Vierteljahr 1912 gegen den gleichen Zeitraum 1911 zum Ausdruck kommt. Die verbreitete Ansicht, daß die Fürsorgestellen nur für uneheliche Säuglinge da seien, ist ganz irrig, und es ist erfreulich, feststellen zu können, daß mehr und mehr auch eheliche Säuglinge in den Fürsorgestellen vorgestellt werden.

Deutsche Vieheinfuhr aus Dänemark. In der abgelaufenen Woche betrug die Zufuhr dänischer Rinder nach den deutschen Quarantäneanstalten in Apenrade 1200, Flens-

burg 375, Kiel 308, Lübeck 1050, Rostock 880, Altona 99, insgesamt 3412 Stück. — In geschlachtetem Zustand wurden in derselben Zeit 765 Stück Großvieh, 225 Kälber, 36 Schafe und 40 Schweine eingeführt.

Schiffsverluste im Mai. Nach den Listen des Bureau Veritas sind im Mai 18 Dampfer mit 34688 Brutto Reg. T. und 29 Segelschiffe mit 10503 Netto Reg. T. vollständig verloren gegangen. Abgebrochen oder in Leichter umgebaut wurden außerdem noch sechs Dampfer mit 6562 T. und neun Segler mit 5370 T. Unter den verlorenen Dampfern sowie unter den verlorenen Segelschiffen befindet sich je 1 deutsches Schiff. — Außer diesen Totalverlusten hatten noch 314 Dampfer und 80 Segelschiffe Havarien. Von den Dampfern waren 83 gestrandet, 102 waren in Kollision, 41 hatten Feuer an Bord, 1 war led gesprungen, 25 hatten in schwerem Wetter Schaden erlitten und 57 erlitten Maschinen- oder Resselbeschaden.

Handelsregister. Am 10. Juli 1913 ist eingetragen: 1. bei der Firma Ziegeleiverband Lübeck, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Lübeck: Durch Beschluß der Generalversammlung vom 27. Juni 1913 ist dem Gesellschaftsvertrag der § 30 hinzugefügt; 2. bei der offenen Handelsgesellschaft in Firma F. W. Meyer, Altona. Zweigniederlassung Lübeck: Die Zweigniederlassung ist aufgehoben. Die Firma ist hier erloschen; 3. bei der offenen Handelsgesellschaft in Firma J. H. Luckmann, Lübeck: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Die Firma ist erloschen; 4. bei der Firma Walter Stallbohm, Lübeck: Die Firma und der Firmeninhaber heißen richtig Walter Stallbohm.

pb. Entwendete Uhr. Am 9. d. M., vormittags zwischen 4½ und 10 Uhr, ist aus einer Bodenlampe des Hauses St. Annenstraße 13 eine silberne Damen-Remontoiruhr mit Goldrand abhandengekommen und vermutlich gestohlen worden. Auf dem äußeren Deckel der Uhr befindet sich eine wappenförmige Verzierung mit dem Monogramm „F. B.“. An der Uhr war eine Nadel aus Nidel befestigt.

pb. Eigentumsvergehen. In der Nacht vom 8. zum 9. d. M. sind aus einem an der Lachwehr-Allee stehenden Automobil folgende Sachen gestohlen worden: 1 Bild im Rahmen, Liebes-Mysterien von Uhlé darstellend, 1 gelbgrauer Herrenpaletot, 1 Korb mit Erdbeeren und eine Jagtclubmütze.

Schlusss. Eine Volksversammlung tagt hier am Sonnabend abend 8 Uhr im Gasthof zur Post. Auf der Tagesordnung steht ein Vortrag des Genossen Stellung über die „Volksfürsorge“. Männer und Frauen werden er sucht, zahlreich in dieser Versammlung zu erscheinen.

h. Kensefeld. Grandanfuhr in Submission. Nach Inkrafttreten des neuen Begegesetzes hob der Gemeindevorstand das Pflanzsystem auf. Es werden demnach die Kosten der Wege aus der Gemeindefasse beglichen. Zum Zwecke der Neu-Begründung hatte die Begekommission die Anfuhr von 405 Kubikmeter Grand empfohlen, die sich wie folgt verteilt: 1. Kensefeld—Al.-Parin 137 Kubikmeter; 2. Kensefeld—Horsdorf 25 Kubikmeter; 3. Al.-Parin—Horsdorf 15 Kubikmeter; 4. Al.-Parin—Pariner Berg 15 Kubikmeter; 5. Pariner Berg 13 Kubikmeter; 6. Pariner Berg—Horsdorf 50 Kubikmeter; 7. Dorfstraße in Horsdorf 25 Kubikmeter; 8. Horsdorf—Malkendorf 30 Kubikmeter; 9. Horsdorf—Hobbersdorf 10 Kubikmeter; 10. Gr.-Parin—Hobbersdorf 30 Kubikmeter; 11. Hohnsdorfer Revier 55 Kubikmeter. Die Mindestforderung für Strecke 1 ergab 2,30 Mk., für Strecke 2 1,45 Mk., Gebot von Hünner Hildebrand, für 3 3,20 Mk., für 4 2,70 Mk., für 5 1,00 Mk., für 6 1,65 Mk., für 7, 8, und 9 4,50 Mk., für 10 2,40 Mk., sämtliche Gebote von Paulen, Fuhrmann in Gr.-Parin, für 11 1,95 Mk., Angebot von J. Caspers, Fuhrmann in Kensefeld. Der Zuschlag erfolgte noch an demselben Abend an die vorgenannten Personen. Die Gesamtkosten stellen sich auf 1007,10 Mk., die des einzelnen Kubikmeters im Durchschnitt auf 2,48½ Mk. Die Anfuhr muß nach den Bedingungen bis zum 15. September erledigt sein.

w. Wölln. In der Schöffengerichtssitzung wurde unter anderem der folgende Fall verhandelt: Aus der Untersuchungshaft vorgeführt wird der Arbeiter, frühere Tischer H.; angeklagt wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt. Die Verhandlung ergab, daß H. eines Tages böse geacht und sich in der Trunkenheit in den Chausseegraben zum schlafen gelegt hat. Der Gendarm B. traf den Angeklagten schlafend und forderte ihn auf, sich zu legitimieren. Der Angeklagte leistete in seinem Schlaf dieser Aufforderung keine Folge, wird vom Gendarmen hochgerichtet und sollte sich legitimieren. Das konnte er nicht, sondern erklärte: Ich bin H. und Sie sind der Gendarm. Hierauf wurde er für verhaftet erklärt und sollte zum Untervorsteher transportiert werden. Das ist wohl nun nicht ganz glatt abgegangen, denn als sich der Angeklagte, wie er angibt, recken wollte, sprang der Hund des Gendarmen zu und biß den Angeklagten, wie er in den beweglichsten Worten dem Gericht schildert, wiederholt in die Beine; Sie, meine Herren, können sich überzeugen, die Wunden sind noch nicht verheilt. Der Gendarm, als Zeuge auf diese Ausführungen aufmerksam gemacht, erklärt, der Hund sei gedresst, wer sich an ihm vergreife, den fasse er an. — Das werden ja herrliche Zustände; neben Revolver, Seitengewehr nun auch noch der Hund als Schutz für den Gendarmen, der denselben so gedresst hat, daß er Menschen anspringt und verlegt, wenn der Hund annimmt, sein Herr könnte angegriffen werden? Wir haben es in Preußen-Deutschland herrlich weit gebracht. Der Angeklagte wurde zu 6 Wochen Gefängnis, in welche die Untersuchungshaft eingerechnet wird, verurteilt.

Hamburg. Differenzen in den Hamburger Werftbetrieben. Es wird gemeldet: Am Dienstag sind langwierige Verhandlungen zwischen Werftbesitzern und Vertretern der Arbeiterschaft geführt worden, die aber schließlich auf dem toten Punkt anlangten. Man wählte dann eine Unterkommission, die in Kürze Vorschläge machen soll. Bis jetzt haben sich die Werftbesitzer geweigert, in der Frage der Verkürzung der Arbeitszeit und in der Lohnfrage Zugeständnisse zu machen. Beharren sie auf ihrer Weigerung, so dürfte der Streik unvermeidlich sein.

Jehoe. Ein schrecklicher Tod. Der Bremser Hermann Gertins der Menschen Krebelsahn in Lägerdorf geriet mit dem Abfah in eine Weiche und wurde, da der Zug rückwärts fuhr und der Lokomotivführer die Hilferufe nicht hören konnte, überfahren und getötet.

Tönning. Durch Großfeuer wurde das Fabrikgebäude der Wurfabrik von Redlesien und ein Stall des Gastwirts Mommsen zerstört. Die Entstehungsurache des Feuers, das gestern morgen kurz vor 4 Uhr ausbrach, ist unbekannt.

Neustrelitz. Zwei Jahre unschuldig im Zuchthaus. Ein Justizirrtum wurde dieser Tage von einer Strafkammer des Neustrelitzer Landgerichts korrigiert. Der Drogist Artur Geve aus Neubrandenburg war, wie wir vor einigen Tagen schon kurz berichteten, am 1. Februar 1908 wegen Sittlichkeitsvergehens zu einer Zuchthausstrafe von zwei Jahren verurteilt worden und die bürgerlichen Ehrenrechte waren ihm auf die Dauer von drei Jahren aberkannt worden. Die Revision beim Reichsgericht blieb ohne Erfolg.

Greve hat die Zuchthausstrafe vom 10. März 1908 bis 10. März 1910 voll verbüßt. Es war ihm zur Last gelegt worden, sich an der Töchter des Defonierats Kruse, die damals dreizehn Jahre alt war, sittlich vergangen zu haben. Die Kruse gab in der Verhandlung eine eingehende Darstellung der Straftaten des Greve, so daß das Gericht trotz der Widersprüche in der Aussage der Kruse zu der Feststellung kam, daß der Angeklagte sich im Sinne des § 176 Ziffer 3 St.-G.-B. schuldig gemacht habe. Der Angeklagte beteuerte fortgesetzt seine Unschuld. Mit Rücksicht auf dieses angeblich hartnäckige Leugnen und auch mit Rücksicht darauf, daß das angebliche Opfer des Greve den besseren Ständen angehörte, glaubte das Gericht trotz der gänzlichen Unbescholtenheit des Greve damals auf die schwere Strafe von zwei Jahren Zuchthaus erkennen zu müssen. Greve hat vom ersten Tage der Verbüßung seiner Strafe mit allen Mitteln versucht, ein Wiederaufnahmeverfahren durchzuführen. Er hat auch eine Reihe von Wiederaufnahmeanträgen gestellt, alle blieben aber ohne Erfolg. Schließlich hat die Zeugin Kruse, die als Lovize und Hilfskrankenschwester in einem Krankenhaus Anstellung gefunden hatte, von Gewissensbissen gepeinigt, ihrer Oberin gegenüber erklärt, daß sie den Greve zu Unrecht bezichtigt habe. Nunmehr wurde dem Wiederaufnahmeantrag des Verteidigers Bahn-Berlin stattgegeben, die Kruse wurde auch vernommen und erklärte vor Gericht, daß ihre Angaben sämtlich unwahr seien, sie habe seinerzeit unter dem Zwang ihrer Erziehlerin diese Angaben gemacht. Greve habe sich ihr gegenüber niemals in unfittlicher Weise genähert. Jetzt fand der Hauptverhandlungstermin im Wiederaufnahmeverfahren vor dem hiesigen Landgericht statt. Hier wiederholte die Kruse den Widerruf ihrer früheren Aussage unter Eid. Nach acht-einhalbstündiger Verhandlung wurde schließlich das Urteil verkündet, daß das frühere Urteil aufzuheben und daß der Angeklagte auf Kosten der Staatskasse freizusprechen sei. In der Urteilsbegründung stellte das Gericht fest, daß nach den eidlichen Befundungen der Kruse ein begründeter Tatverdacht nicht mehr vorliege. Greve hat somit auch die ihm gesetzlich zustehende Entschädigung wegen unschuldig erlittener Strafe vom Staate zu beanspruchen. Greve ist durch die Verbüßung der zweijährigen Zuchthausstrafe körperlich und geistig fast zusammengebrochen. Hervorzuheben ist noch, daß man die Zeugin Kruse wegen ihrer früheren unehelichen, unwahren Angaben vor Gericht, auf Grund deren Greve die Zuchthausstrafe erhielt, gerichtlich nicht zur Verantwortung ziehen kann, weil sie damals noch nicht eidesfähig war.

Hademarschen. Eingeschert wurde der Besitz des Landmanns Möller in Wapefeld. Die Entstehung des Feuers wird auf Selbstentzündung des Heues zurückgeführt. Das Vieh wurde gerettet.

Bremen. Wohnungsnot in Bremen. In der Stadt existiert eine große Wohnungsnot. Bei der Zählung der leerstehenden Wohnungen im November 1912 wurden nur 0,86 % unbewohnte Wohnungen festgestellt. Die Folge davon war, daß im April 1913 eine große Zahl von Familien keine Wohnungen finden konnte und 63 Familien von der Behörde in Staats- und Gemeindegebäuden untergebracht werden mußten. Eine Kommission der bremischen Bürgererschaft hat sich mit der Wohnungsnot beschäftigt. Ihre Vorschläge wurden von der Sitzung der Bürgererschaft am 9. Juli angenommen. Danach soll Staatsgrundbesitz im Westen der Stadt, dem Arbeiterviertel, billig an Bauunternehmer abgetreten werden zur Errichtung von Einfamilienhäusern in sogenannten Gartengängen. Die Bestimmungen der Bauordnung werden zum Teil abgeändert. Da letztere geschaffen wurden, um den sanitären Anforderungen der Wohnungen gerecht zu werden, rief deren Aufhebung großes Bedenken bei der sozialdemokratischen Fraktion hervor; aber da der Gesundheitsrat keine Einwendungen zu machen hatte, es sich auch nur um einen Versuch handelt, und da bei der Zusammenlegung der Bürgererschaft leider keine wirksameren Maßnahmen gegen die Wohnungsnot zu erwarten sind, erklärte die sozialdemokratische Fraktion zu den Vorschlägen ihre Zustimmung. Abgesehen von der Verabschiedung der Bauordnung entspricht es den sozialdemokratischen Anschauungen nicht, daß diese Häuser nicht in eigener Regie der Stadt gebaut und sie auch verkauft und nicht nur vermietet werden sollen. Aber es ist in Bremen immerhin der erste Schritt zur Behebung der Wohnungsnot, und deshalb tritt die sozialdemokratische Fraktion dafür. — Bemerkenswerte Beschlüsse faßte am Dienstag die Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins in Bremen. Die Versammlung nahm den Antrag der Zeitungscommission, ein Kopfbblatt für den 18. hannoverschen Wahlkreis zu schaffen, einstimmig an. Das Kopfbblatt wird erscheinen, wenn die Genossen des 18. Kreises die Abonnentenzahl auf etwa 3000 gebracht haben werden; im September wird die Agitation beginnen, zu welchem Zwecke Probenummern herausgegeben werden. Bremen wird mit einem Drittel an einem etwaigen Defizit partizipieren, ebenso an einem etwaigen Überschuß. — Für die Parteimitglieder vom 18. bis zum 21. Lebensjahre werden auf Antrag des Parteivorstandes besondere Kurse und Vorträge veranstaltet, um deren Wissen zu erweitern und sie für ihre künftige Tätigkeit in der Partei besser auszurüsten. Auch gesellige Veranstaltungen sollen gepflegt werden. Die Jugendkommission soll mit dem Parteivorstand hierbei zusammenarbeiten. Der Antrag wurde ohne Debatte angenommen. — Für den Spielplatz auf dem Werder wurden 425 Mark bewilligt.

Oldenburg. Spiele nicht mit Schießgewehren! In Booholzberg ereignete sich ein schwerer Unglücksfall. Der 18jährige Kaufmannslehrling Konrad Strothoff aus Bremen, der hier seinen Urlaub zubrachte, wollte Eßtern schießen. Er lud ein Jagdgewehr, das einem Landwirte gehörte und hantierte damit so unvorsichtigerweise herum, daß das Gewehr losging und ihm die ganze Ladung in den Kopf drang. Der herbeigerufene Arzt konnte nur den Tod feststellen. — Ein tödlicher Jagdunfall trug sich hier gestern abend gegen 10 Uhr zu: Der Gastwirt Joh. Martens von hier begab sich am Abend auf den Anstand nach Rehböden. Bei schwindendem Büchsenlicht nahm nun Martens aus gebeder Stellung wahr, daß sich im anliegenden Roggenfelde etwas regte, und das mußte nach seiner Überzeugung ein Rehbock sein. Ein Knall und das Objekt sank nieder. Bei dem Hinzueilern mußte der unglückliche Schütze sich überzeugen, daß er einen Menschen erschossen hatte, den Zugführer Behr. Dieser hatte sich ebenfalls in die betreffende Jagd begeben, ohne hierzu berechtigt zu sein. Martens, ein besonnener, alter Jäger, hat die auf dem Jägerhut des Getöteten angebrachten Fibern für das Gehörn eines Bodes gehalten.

Letzte Nachrichten.

Salzwedel. Definitives Resultat der Stichwahl in Salzwedel-Gardelegen. Es erhielten Dr. Böhme (Bauernb.) 14 177, v. Krüger (Konf.) 11 896 Stimmen. Dr. Böhme ist mithin gewählt.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stellung. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Besonders preiswerte Angebote

Damen-Strümpfe
engl. lang mit verstärkter Ferse und Spitze **30**

Herren-Schweißsocken
stark wollhaltig, naturgrau **30**

Kinder-Söckchen
schwarz und braun, für 3 bis 6 Jahre **30**

Damen-Strümpfe
durchbrochen, engl. lang **45**

Damen-Strümpfe
schwarz u. braun, nahtlos **45**

Herren-Ringelsocken
in schönen Farbenstellungen Grund-schwarz **45**

Damen-Strümpfe
schwarz mit Strumpfhalter-Falte, Doppelferse u. Spitze **65**

Damen-Strümpfe
durchbrochen, farbig **65**

Kinder-Ringelsocken
mit Wollrand für das Alter von 10 bis 13 Jahren **65**

Damen-Strümpfe
Seide imit. mit Laufmasche, farbig **80**

Ia. Macco-Dam.-Strümpfe
mit Doppelsohle, Ferse und Spitze **80**

Ia. Macco-Herr.-Socken
mit Laufmasche, nahtlos **80**

Grosse Ladungen:

Neue lange Schabekartoffeln 5 Pfund 30^g, 10 Pfund 55^g • Spitz- u. Wirsingkohl große Köpfe 14^g • Blumenkohl Kopf 15^g, 20^g u. 25^g • Große Bohnen 2 Pfund 15^g • Junge Wurzeln Bund 5^g • Radieschen 3 Bund 10^g • Kohlraby große Knollen, Bund 10^g • Tomaten Pfund 25^g • Salat-Gurken Stück 12^g, 15^g, 20^g • Junger Spinat Pfund 10^g • Junge Erbsen Pfund 14^g • Junger Kopfsalat 3 Kopf 10^g • Reife Stachelbeeren Pfund 18^g • Hiesige Erdbeeren Pfund 40^g • Himbeeren Pfund 35^g • Johannisbeeren Pfund 15^g • Bickbeeren Pfund 25^g • Feinste Tafelbirnen Pfund 35^g • Feinste Tafel-äpfel Pfund 35^g.

Prima geräucherter Land-Schinken 125
in Stücken 1, 2 u. 4 Pfd. Pfund

Landmettwurst, schnittfest Pfd. 1.25
Zervelatwurst Pfd. 1.40
Gekochte Mettwurst Pfd. 80^g
Delikateß-Sülze Pfd. 80^g
Thüring.-Leberwurst Pfd. 1.10
Teewurst Pfd. 1.20
Zwiebel-Leberwurst Pfd. 75^g
Blutwurst Pfd. 60^g
Thüring. Blutwurst Pfd. 80^g
Ia. gekocht. Schinken Pfd. 2.00

Frische große Eier 68
10 Stück

Camembertkäse vollfett, Stück 20 u. 15^g
Ia. Tilsiter Käse vollfett, Pfd. 80^g
Tilsiter Käse fett Pfd. 60^g
Cösliner Frühstückskäse 9^g
Harzer Käse 4 Stück 10^g
Edamer Käse vollfett . Pfd. 95^g
Ia. Schweizerkäse Pfd. 95^g
Ia. alter Holländer . Pfd. 95^g
Palmitin Pfund-Paket 68^g
Ia. geräuch. Lachs i. St. Pfd. 1.00

Ia. junges Schweinefleisch Pfd. 75^g
Bratenstücke Pfd. 85^g Pfd. 75^g | **Ia. junges Rindfleisch** Pfd. 75^g
Bratenstücke Pfd. 80 u. 90^g
Ia. junges Hammelfleisch Pfd. 80^g Bratenstücke . Pfd. 90^g

Weiß Halbhandschuhe
Ringelmuster
10 Knopf lang **30**

Filet-Halbhandschuhe
6 Knopf lang **30**

Lein.-Fingerhandschuhe
farbig mit 2 Perlmutter-Druckknöpfen **30**

Halbhandschuhe
Netzgewebe mit Jacquardmuster, weiß und schwarz, 10 Knopf lang **45**

Weiß-Fingerhandschuhe
mit 2 Druckknöpfen **45**

Sueds imit. Damenhand-schuhe maisf. m. 2 Druckkn.

Eleg. Halbhandschuhe
mit Relieffurchbruch, weiß, schwarz und farbig **65**

Perfilet-Fingerhandsch.
mit 2 Druckknöpfen, farbig **65**

Herren-Handschuhe
Leinen imit., farbig **65**

Seidene Halbhandschuhe
Perfilet oder Florgewebe, schwarz **95**

Eleg. Halbhandschuhe
mit aparten Relieff-Durchbruch, 16 Knopf lang **95**

Herren-Flor-Handsch.
Seide imit. mit Druckknopf **95**

HOLSTENHAUS G. M. B. H. LÜBECK

Geschäfts-Übernahme.
Einem geehrten Publikum zur gefl. Kenntnis, daß ich
Sonnabend, den 12. Juli
Marienstraße, Ecke Schwartzauer Allee
ein Spezialgeschäft in
Zigarren, Zigaretten und Tabak
eröffne. Ich bitte mein Unternehmen gütigst zu unterstützen.
Hochachtungsvoll **Carl Fritsche.**

Meierei-Tafel-Butter
allerfeinste nordschleswigsche, Pfd. 1.20 Mk.
Eier große frische hiesige.
Stück 7 1/2 Pfg.
Friedrich Ohlsen
Buttergeschäft. (5367) Hüxstraße 30.

Zugaben auf Margarine
müssen in allen Fällen mitbezahlt werden. Die praktische
Qualitäten kosten ohne Zugaben nicht nur billiger, sondern erhält
auch noch eine bessere Qualität. (5390)
Ich empfehle stets frisch lose ausgewogen:
Kg 1.95 1.75 1.55 1.35 1.15
Pfd. 1.00 90^g 80^g 70^g 60^g
von vorzüglichen Geschmack und stets gleichmäßiger Qualität.
Bonillon-Würfel 5 Stk. 10^g, Gerstensaft Pfd. 20^g
Ludw. Hartwig, Oberstraße 8.
Rote Eschmarken oder 4% in bar.

Messer & Waffen-Haus
Jesschau, LÜBECK Breite Str. 27.

Willi Westfeling
empfiehlt 5393
Uhren Goldwaren
Silberwaren
32 Holstenstraße 32

Meiereibutter
Pfund 120^g
Weißes Schmalz
Pfund 70^g
Margarine
Pfund 60, 70 und 75^g
Schweizerkäse
Pfund 80^g
Holländer Käse
Pfund 88^g
Tilsiter Käse I.
Pfund nur 80^g
Schnittig. Fettkäse
Pfund 60^g
Bikanter Käse
Pfund 65^g
Guter Käse
Pfund 40^g
Schinken in Stücken
Pfund 1.35^g
9 Eier 60 Pfg.
Eduard Speck
5397 Hüxstraße 80/82.

Empfehle einen größeren Posten
Cervelatwurst
zum außergewöhnlich billigen Preis von
nur 1.10 Mk. das Pfund.
Ferner
prima dünne Rippen
das Pfund 50 Pfg.
Auf sämtliche Fleisch- und Wurstwaren 4% Rabatt.
Verkauf in meinen Detailgeschäften.
Thüringer Wurst- und Fleischkonservenfabrik
August Scheere. (5392)

Trinken Sie **Hartwig's** „Ideal“ Kaffee
er schmeckt vorzüglich! (5385)
Preislage 1.40 bis 2.— Mk., besonders kräftig Pfd. 1.50 Mk.

Sonnabend und Sonntag geben wir auf jedes Pfund
echt holst. **Eigelbpflanzenbutter** Marke H. B. Pfund 90 Pfg.
12 amerikan. Zwiebäcke gratis.
Garantiert 1. Sorte Meierei-Grasbutter Pfd. 1.21 Mk.
Holsteinisches Butterhaus Königstr. 48a. (5391)
G. Heintz Flörke, Komm.-Ges.

Die Partei der Nichtwähler.

Gibt es überhaupt noch einen Wahlberechtigten, der, wenn er nicht durch Krankheit oder strengste Berufspflicht an der Ausübung seines Wahlrechtes behindert wird, noch andere entschuldige Gründe für sein Nichtwählen findet?

Die jetzt abgeschlossen vorliegende große amtliche Statistik über die Reichstagswahlen von 1912 gibt uns darüber erschöpfende Auskunft. Wenigstens und allerdings nur insoweit, als sie genau aufzählt, wie viele Nichtwähler bei den stürmischen Reichstagswahlen vom Vorjahre zu zählen gewesen sind. Selbstverständlich sind von den 2 181 656 Nichtwählern unter 14 442 387 Wahlberechtigten ein bestimmter Prozentsatz durch anzuerkennende Ursachen abgehalten worden, ihr Staatsbürgerrecht auszuüben, aber der größte Teil dieser mehr als zwei Millionen Nichtwähler gehört zu denen, die zu faul, zu dumm oder zu schlafmüchtig sind, um einzusehen, wie notwendig es ist, das Recht, die Regierung zu beeinflussen, auszuüben.

Wenn wir nun für die einzelnen Staaten und Landesteile des Deutschen Reiches feststellen, wie hoch die Ziffer der Nichtwähler gewesen ist, kommen wir zu sehr interessanten Ergebnissen. Sehen wir uns die nachfolgende Zusammenstellung genau an:

Provinz	überhaupt	%
Ostpreußen	72 643	17,3
Westpreußen	45 317	13,4
Stadt Berlin	97 333	19,2
Brandenburg	157 576	15,5
Pommern	54 771	14,5
Posen	55 262	13,8
Schlesien	200 589	19,1
Sachsen	83 513	11,8
Westfalen	125 969	14,0
Hessen-Nassau	75 293	14,8
Rheinland	257 758	16,2
Preußen	1 375 154	15,5
Bayern	288 915	19,1
*) R.-B. Unterfranken	24 210	15,2
*) R.-B. Niederbayern	41 161	27,5
Sachsen	118 306	11,2
Württemberg	74 590	13,6
Baden	61 616	12,9
Hessen	42 778	14,6
M.-Schwerin	14 903	9,9
S.-Meckl.	14 962	15,4
M.-Strelitz	3 474	14,1
Ostenburg	25 071	23,6
Braunschweig	12 635	11,3
S.-Meiningen	8 808	14,6
S.-Altenburg	3 494	7,4
S.-Gotha	6 305	10,8
Inhalt	6 883	9,1
Schw.-Sondershausen	2 620	12,7
Schwarzb.-Rudolstadt	2 450	11,1
Waldeck	1 903	13,9
Reuß a. L.	1 012	6,0
Reuß j. L.	2 621	7,7
Schaumburg	1 213	11,4
Pippe	5 925	17,1
Lübeck	1 426	5,3
Bremen	7 035	9,4
Hamburg	34 314	13,1
Elb-Lothringen	63 240	15,1
Deutsches Reich	2 181 656	15,1

*) Von Bayern ist der Regierungsbezirk mit der höchsten und der mit der niedrigsten Ziffer der Nichtwähler besonders genannt.

In Preußen ist die Provinz Schlesien mit der größten Prozentziffer von Nichtwählern besetzt. Das erscheint im ersten Moment ganz selbstverständlich für eine Gegend, wo die Junker und der Schnaps regieren. Aber in der Stadt Berlin, dem Sitz der großstädtischen Intelligenz, wo 75 % aller Stimmen sozialdemokratisch waren, ist die Prozentziffer der Nichtwähler 19,2! Hier im Getriebe der Millionen von Menschen treiben noch Riesenscharen von Indifferenten.

In der Provinz Schlesien ist es überdies ausschließlich der Regierungsbezirk Oppeln mit 26,1 % Nichtwählern, der das Gesamtergebnis der Provinz so beeinflusst. Die Regierungsbezirke Köln und Aachen mit 20,0 und 21,9 % Nichtwählern beeinflussen die Provinz Rheinland auch sehr stark.

Das Gesamtergebnis in bezug auf die Zahl der Nichtwähler ist im Königreich Bayern so schlecht wie in der Provinz Schlesien und Berlin. Hier ist es im besonderen Niederbayern, die Oberpfalz und Oberbayern, die hunderttausende von Nichtwählern gestellt haben.

Für die übrigen Gebiete des Deutschen Reiches steht in bezug auf die Nichtwähler an erster Stelle das Großherzogtum Oldenburg. Dort wählten 23,6 % aller Wahlberechtigten nicht. Sonst ist in den außerpreussischen und außerbayerischen Gebieten überall die Wahlbeteiligung außerordentlich gut gewesen. Sie ist mit zwei Ausnahmen der vom Großherzogtum Sachsen und der vom Fürstentum Lippe unter dem Reichsdurchschnitt. Verblüffend muß erscheinen, daß in solchen Gebieten wie Mecklenburg-Schwerin, den beiden Reuß und Anhalt die Zahl der Nichtwähler außerordentlich gering ist. Den Vogel schloß aber die Freie und Hansestadt Lübeck ab, dort wählten 94,7 % aller Wahlberechtigten!

Im ganzen muß wohl gesagt werden, das Wesentliche bei der Beeinflussung der Nichtwähler ist die Intensität in der Aufklärung des Einzelnen. Sie ist, wie die oben mitgeteilten Zahlen aufweisen, fast völlig unabhängig von der wirtschaftlichen und politischen Struktur eines bestimmten Gebietes. Weder religiöse noch patriotische Momente können dabei in negativem Sinne ausschlaggebend wirksam werden.

Im Jahre 1912 zählte die Sozialdemokratie genau 4 250 399 Stimmen. Das waren 34,8 % aller abgegebenen gültigen Stimmen. Allein von den Nichtwählern gehören der Sozialdemokratie sicher noch eine Million.

Unsere Gegner reden jetzt sehr gern und viel davon, daß die Arbeiterorganisationen, im besonderen ihre politische, die sozialdemokratische Partei, keinen Zuwachs zeige. Aufgabe ist, als Antwort allen Parteien noch die abzunehmen, die ihrer wirtschaftlichen Lage nach Arbeiter sind. Darüber hinaus gilt es aber nicht nur für die Durchdringung weiterer Gesellschaftsschichten mit unserem Gedanken zu arbeiten, sondern auch dahin ist zu arbeiten, daß der letzte Nichtwähler lebendig wird und zu uns kommt.

Aufgaben sind für die sommerliche Agitation genug da, es gilt nur, daß sie gelöst werden.

Wie sich der Kaiser amüsiert.

Der Herausgeber des „Grenzboten“, Georg Cleinow, setzt im „Grenzboten“ die Veröffentlichung des Riberlen-Waechter-Nachlasses fort. In den letzten Nummern wurden die Nordlandsreisen Riberlen-Waechters nach Briefen und

Tagebuchblättern geschildert, die Riberlen-Waechter Anfang der 90er Jahre in Gesellschaft des Kaisers machte. Die vierte Fortsetzung in der Nummer 28 vom 9. Juli erzählt, wie man sich an Bord der „Hohenzollern“ auf diesen Nordlandsreisen amüsierte. Riberlen-Waechter schreibt am 28. Juli 1891 an seine Schwester:

„Abends sind Zauber- und Theateraufführungen. Ich bin bereits in zwei Stücken aufgetreten, im „Gespenst um Mitternacht“ als Kellner Kaleb und in „Dihellos Erfolg“ als Fräulein Eulastia Weizenkorn!!! In einem improvisierten Zwillinge gemacht; zusammengewaschen waren wir mit einer großen Servelatwurst. G... war der um ein Jahr ältere Zwillingbruder!!! So wird allerlei Unsinn gemacht; die Tage würden sonst zu lang...“

Für das Amüsiert der ganzen Reisegegend waren Statuten entworfen, aus denen der Herausgeber des „Grenzboten“ u. a. folgendes mitteilt:

„An der Spitze der Nordlandsgegend steht der „Allerdurchlauchtigste Fahrtenmeister“ Kaiser Wilhelm der Zweite. Ihre Teilnehmer werden in Oberfahrtsgegend und Vize-Oberfahrtsgegend geteilt. Jeder von diesen hat ein besonderes Amt zu verwalten, dessen Pflichten und Rechte gleichfalls statutarisch festgelegt sind.“

Die wichtigsten Paragraphen des Gesellschaftsstatuts lauten:

„Der berühmte Besteiger Gießfeldt besteigt an den Versammlungsabenden (aber nicht vor 11 Uhr) das Ratheder, um Erinnerungen zum besten zu geben, deren Länge und Breite vorher durch den Navigationsoffizier der Gesellschaft Kapitän von Senden zu bestimmen ist.“

„Für die biblische Festlegung steht der Gesellschaft die bewährte Riesentrakt des Schnellmalers, Momentphoto- und Reichsgrafen Em. zur Verfügung. Letzterem ist hierbei jeder irgend mögliche Vorstoß zu leisten, namentlich ihm nichts Strauchbares in den Weg zu legen.“

Der augenblicklich zum allgemeinen Leidwesen sich in partibus aufhaltende Geisteslehrer, Schlangenbändiger und Hexenmeister Georg von Hülsen hat auf Befehl des Meisters dieser Gesellschaft jeden Fahrtgegend, welcher die vorstehenden Statuten im allgemeinen oder gar im besonderen mißbilligt, verschwinden zu lassen.“

Wer sich sonst der Gesellschaft abhold zeigt, namentlich wer durch hartnäckiges Schweigen die Absicht zu erkennen gibt, sein Licht unter den Scheffel zu stellen, den soll eine exemplarische, durch Meisterspruch aus den §§ 13, 14 und 15 (des Statuts) zu kombinierende Strafe treffen.“

Wenn ein der gerechten Strafe verfallener Fahrtgegend durch hartnäckiges Trinken versucht, sich in den Zustand des sogenannten Widerungsgrundes zu versetzen, so soll dies eine Verschärfung der Strafe nach sich ziehen.“

Dahingegen soll ein anhaltendes Wohlverhalten bei Gelegenheit der Nordlandsfahrten angemessene Belohnung finden, und soll ein dergestalt wohlverdienter Fahrtgegend bei Torpedobootsfahrten mit obligatorischer Fischfütterung in erster Linie berücksichtigt werden. Auch soll ein solches Verdienst durch leichte Rängeerhöhungen und sonstigen flüchtigen Auszeichnungen anerkannt werden.“

In welcher Weise die „leichten Auszeichnungen“ gedacht waren, davon gibt die nachstehende „Beförderungstabelle“ Auskunft. Es wurden ernannt: die Oberfahrtsgegend: Graf Waldsee, zum Punschwart; von Hahnke, zum Oberführer und Oberkapellmeister in G.-dur; Graf Görk, Proteus, Sachverständiger in Unfallangelegenheiten und Sangesbruder, Graf Wedel, Sachverständiger in Etikette und sonstigen Angelegenheiten; Graf Eulenburg, Festbarde und Polarfahder; Dr. Leuthold, Esculap 1. Klasse; Dr. Gießfeldt, Sachverständiger in Berg- und Talangelegenheiten; von Senden, Navigationsoffizier unter beiden Wendekreisen, namentlich aber des Kreises, sowie bei sonstigen Festfahrten; von Arnim, Rebellhelfer und Sachverständiger in Bojen-Unfallangelegenheiten, von Lyncker, Direktor der geistigen ufm. Getränke und Sachverständiger im allgemeinen und besonderen; von Hülsen II, Sechshängendbändiger, Eispoet und Nordstern 1. Größe (in

Müllerliebe.

Roman von George Sand.
Deutsch von Heinrich Heine.

(27. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

„Aber wenn sie Sie trotz allem liebt?“
„Und ich... meinen Sie, ich hätte das Geld mit der Lieb annehmen dürfen? Vor Ihnen darf ich mich nicht verstellen, Freund... Ich sehe, man hat Ihnen Dinge anvertraut, die ich Ihnen nicht gestanden haben würde — und hätte es auch Schläge zwischen uns geseht. Aber nachdem ich Sie ein wenig plüschlich verlassen, habe ich nachgedacht, ohne eigentlich recht zu wissen, was ich tat, und das Herz so voller Freude, daß ich nicht hätte schweigen können... Ja, ich habe über alles nachgedacht, was Sie mir gesagt... ich habe eingesehen, daß Sie alles wußten und es unsinnig von mir war, auch nur die kleinste Indiskretion zu fürchten bei einem so ergebenen Freunde von...“

„Marcella...“ unterbrach ihn der Müller, ein wenig stolz darauf, diesen „heiligen“ Namen, wie er ihn im Geiste bezeichnete, in vertrauter Weise auszusprechen zu können — im Gegenfalle zu dem adeligen Namen der Dame von Blanche-Mont.

Das Wort Marcella ließ Lemor erbeben. Zum erstenmal schlugen diese Laute an sein Ohr. Da er mit der Umgebung der Baronin von Blanche-Mont nie Verbindungen gehabt und das Geheimnis seiner Liebe nie jemand anvertraut hatte, kamte er den Klang dieses Namens aus anderem Munde nicht — dieses zärtlich geliebten Namens, den er mit so großer Ehrfurcht unter so manchem Brief gelesen... und den er nur allein auszusprechen gemagt in Augenblicken der Verzweiflung oder der Trunkenheit. Er griff den Müller beim Arm — schwankend zwischen dem Wunsche, ihn das Wort wiederholen zu lassen, und der Furcht, den teuren Namen zu schänden, wenn er ihn dem Echo der Einsamkeit überließere.

„Nun wohl,“ sagte Ludwig, ergriffen von seiner Rührung, „Sie haben endlich erkannt, daß Sie mir nicht mißtrauen dürfen... und nicht konnten? Aber ich... soll ich Ihnen die Wahrheit sagen? Ich mißtraue Ihnen noch ein wenig — wider meinen eigenen Willen verfolgt mich dieses Mißtrauen, verläßt mich und befällt mich von neuem... Sagen Sie, wo haben Sie denn den Tag nur zugebracht?“ Ich glaube fast, Sie hätten sich in einem Keller verborgen.“

„Ich denke, ich würde es auch getan haben, wenn ich nur in einem solchen hätte hineingekommen,“ sagte Lemor lächelnd, „ein so großes Bedürfnis hatte ich, meine glückliche

Anruhe zu verbergen. Wissen Sie auch, Freund, daß ich nach Afrika zu gehen im Begriffe war mit der Absicht... niemals jene wiederzusehen, deren Namen Sie soeben genannt? Ja, trotz des Briefes, den Sie mir übermittelten und der mir befehl, in einem Jahre wiederzukehren, fühlte ich doch, wie mein Gewissen mir ein entsetzliches Opfer gebot. Und noch heute... welch ein Grauen und welch eine entsetzliche Ungewißheit brüllte mich heute nieder!... Denn wenn ich als Protokollant nicht mehr mit der Scham zu kämpfen brauche, ein reiches Weib zu heiraten, so bleibt doch noch die Feindschaft des Standes, das Ringen des Plebejers mit den Patriziern, die diese adelige Frau wegen einer für unwürdig gehaltenen Wahl verfolgen werden... Doch es würde vielleicht eine Zeitigkeit bedeuten, diese Krise zu vermeiden. Ihre Schuld ist es nicht, wenn das Blut der Bedrückten in ihren Adern rollt... und übrigens ist die Macht der Adelligen ja auch in andere Hände übergegangen. Ihre Ideen haben keine Kraft mehr, und vielleicht... sie, die mir den Vorzug gibt... wird sie doch nicht überall nur Tadel begegnen.“

„Doch es ist entsetzlich,“ fuhr Lemor fort, „das geliebte Weib in einen Kampf gegen ihre Familie zu stürzen und ihr den Tadel aller derer zuzuziehen, bei denen sie stets geliebt... Durch welche andere Beziehungen soll ich sie um sie her ersehen — jene bedeutungslosen, es ist wahr, aber zahlreichen und angenehmen Banden der Liebe, die ein großmütiges Herz nicht ohne Bedauern brechen kann? Denn ich stehe allein da auf Erden... der Arme ist stets allein... und die große Masse des Volkes erkennt leider noch nicht, wie sie jene hochherzigen Seelen aufnehmen müßte, die von so weit her und durch so viele Hindernisse zu ihm kommen. Ach... ich habe einen Teil des Tages unter einem Strauch verbracht... ich weiß nicht wo... an einem abgelegenen Orte, wohin mich der Zufall geführt... Und erst nach mehreren Stunden höchster Seelenangst und mühsamen Denkens entschloß ich mich, Sie zu suchen und zu bitten, mir doch eine Stunde der Unterredung... mit ihr zu verschaffen. Doch ich suchte sie vergebens... vielleicht auch suchten Sie mich gleichfalls, denn Sie sind es, der mir diesen drängenden Gedanken, nach Blanche-Mont zu gehen, in den Kopf gesetzt hat. Aber ich glaube, Sie sind unklug und ich unsinnig, denn sie hat mir sogar perhorat, zu forschen, wohin sie sich zurückgezogen, und hat, um hinsichtlich ihrer Trauer der allgemeinen Sitte zu genügen, eine Frist von einem Jahre festgesetzt.“

„Eine so lange Zeit?“ fragte Ludwig ein wenig entsetzt über den glücklichen Gedanken, den er am morgen zu haben geglaubt, als er bei Marcellas Geliebten die Versuchung weckte, sie zu besuchen. „Sind denn die Geschiedenen von der allgemeinen Sitte, von der Sie mir sprechen, nach ihren Be-

griffen so ernst, und ist es notwendig, daß nach dem Tode eines schlechten Gatten ein Jahr verstrichen sei — nicht mehr und nicht weniger, bevor ein ehrbares Weib das Antlitz eines ehrbaren Mannes erblickt, der sie zu heiraten gedenkt?... Das ist wohl Sitte in Paris?“

„In Paris nicht mehr wie anderswo. Das religiöse Gefühl, das man vor dem Geheimnis des Todes empfindet, ist ohne Zweifel überall der vertraute Richter über die kurze oder längere Zeit, die man der Erinnerung an den Toten widmet.“

„Ich weiß, daß es ein gutes Gefühl ist, dem die Sitte entspringen, mit den Leidern, mit den Worten — mit seinem ganzen Wesen zu trauern. Aber hat dies nicht den Nachteil, in Heuchelei auszuarten, wenn der Verstorbene in Wirklichkeit wenig zu bedauern ist und die Liebe in aller Ehrbarkeit zugunsten eines andern Ipirat? Folgt es aus dem stillen, anständigen Leben, das eine junge Frau führen soll, daß ihr Anbeter gezwungen sei, sein Vaterland zu verlassen, oder nie an ihrer Tür vorüberzuschreiten und sie nicht einmal verstoßen anzublicken, wenn sie auch nicht darauf zu achten scheint?“

„Mein Bester, Sie kennen die Schlechtigkeiten jener Menschen nicht, die sich „Weltleute“ nennen — eine seltsame Benennung nicht wahr? Aber dennoch gerecht in ihren Augen, weil bei ihnen das Volk nicht zählt, weil sie sich die Herrschaft über die Welt anmaßen — weil sie von jeher befehlen haben und sie ihnen noch gehört... für eine gewisse Zeit.“

„Es fällt mir nicht schwer, zu glauben,“ rief der Müller aus, „daß sie schlechter sind als wir...! Und doch,“ fügte er traurig hinzu, „sind wir nicht so gut, wie wir es wohl sein müßten... auch wir sind oft Schwäger und Später und ganz geneigt, den Schwachen zu verdammen. Ja, Sie haben recht — wir müssen uns vorziehen, diese teure Dame in einen schlechten Ruf zu bringen. Sie muß Zeit haben, um sich zu erkennen zu geben... um sich Achtung zu erringen und sich beliebt zu machen, wie sie es verdient. Ein einziger Tag genügt, daß man sie beschuldigt, ein ausgelassenes Leben zu führen. Meine Meinung geht also dahin, daß Sie sich nicht in Blanche-Mont zeigen dürfen.“

„Sie sind ein wohlwollender Mensch, Ludwig, und ich war sicher, daß Sie mich nichts Schlechtes tun lassen würden. Ich werde den Mut haben, die Meinung Ihrer Vernunft zu hören, wie ich die Torheit befehle, mich bei der ersten Regung Ihres Wohlwollens zu begeistern. So werde ich denn mit Ihnen plaudern, bis Sie bei der Mühle anlangen... und dann werde ich nach H. umkehren, um morgen meine Reise fortzusetzen.“

(Fortsetzung folgt.)

Anbetracht seiner besonderen Verdienste; ferner wurden befördert die Vize-Oberfahrtsgehilfen: von Lippe, zum Schlichter und Sachverständiger in Fischangelegenheiten; von Kessel, Eishurner 1. Klasse, Meolus und Glaschwarz; von Riederer, Luftbarde, Schriftwart und Wiegensfloote; von Bülow, Doktor der Seefrankei und Dünungsmeister; Sackmann, Eisontel und Sachverständiger in Öl und Essig; von Scholl, Seungeheuer; Trupel, Sachverständiger in Bordstrickarbeiten; Göb, Steueramt und Sachverständiger in Fischwachsangelegenheiten; Dr. Schneider, Eisculap 2. Klasse; von Hülken 1, Eisgorilla und Sachverständiger in Piskolenangelegenheiten; von Zigmund, Eishurner 2. Klasse, Sachverständiger in Mandelkernangelegenheiten und Eingebild; Berger mit dem Charakter als Philonimphie, gleichzeitige Aufsicht auf eine Herede erlernt, für deren stündliche Ablösung das Seungeheuer zu sorgen hat; Breusing, Cocktailor und Kapitän zur See mit der Bezeichnung „not yet“.

Etwasige Anträge auf Zulage zu den Statuten werden für gewöhnlich durch Mäuschkampf des Antragstellers erledigt. Jeder Fahrtgehilfe wird ein Patent seiner Charge erhalten, welches er zu den Versammlungsabenden mitzubringen und auf Verlangen vorzuzeigen hat. In den Versammlungsabenden wird jeder Fahrtgehilfe nur nach seinem Patent benannt.

Soziales.

Surrpatriotische Sozialpolitik. Daß überall da, wo der Surrpatriotismus grassiert, die Sozialpolitik zu kurz kommt, bestätigt sich wieder einmal in Leipzig anlässlich des vom 12. bis 16. Juli stattfindenden deutschen Turnfestes. Und zwar sind es die ohnehin geplagtesten Geschöpfe, die im „Opferjahr 1913“ dem Patriotismus doppelt opfern müssen, die Bädergehilfen und Bäderlehrlinge, die in diesen Tagen noch gründlicher als sonst ausgebeutet werden dürfen. Der Leipziger Stadtrat hat folgende Verordnung erlassen:

„Sonntagsruhe im Bädergewerbe.“

Aus Anlaß des zum Turnfeste zu erwartenden starken Fremdenverkehrs hat die königliche Kreishauptmannschaft zu Leipzig mit Verordnung vom 28. Juni 1913 genehmigt, daß in den heiligen Bädereisen und solchen Konditoreien, in denen auch Bäderwaren hergestellt werden, die Lehrlinge im ersten Lehrjahre bis zu 14 Stunden, die Lehrlinge im zweiten Lehrjahre bis zu 15 Stunden, die übrigen Lehrlinge sowie die Gehilfen bis zu 16 Stunden mit Bädarbeiten beschäftigt werden dürfen.

Bedingung: Wenn die Sonntagsarbeiten länger als drei Stunden dauern, so sind die Arbeitnehmer entweder an jedem zweiten Sonntag mindestens in der Zeit von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends oder an jedem dritten Sonntag volle 36 Stunden oder in jeder Woche während der zweiten Hälfte eines Arbeitstages von mittags 12 Uhr ab von jeder Arbeit freizulassen.

Leipzig, am 5. Juli 1913.

Gew.-M. 1 1953.

Der Rat der Stadt Leipzig.

Start daß die Behörde erklärt, wenn der Umsatz an Badware und damit der Profit zu steigen verspricht, so stellt mehr Leute ein, genehmigt er eine Ausbeutung junger Menschen bis zu 16 Stunden täglich, so daß diese armen Geschöpfe nach Abzug der doch unumgänglichen notwendigen Essenszeit und der körperlichen Reinigung kaum 5 bis 6 Stunden Schlaf pro Tag haben dürften, ohne jede sonstige Erholung. Die Bädermeister schmunzeln natürlich; so ein „Opferjahr“ wünschen sie sich öfter.

Die deutschen Gewerkschaftskartelle im Jahre 1912.

II.

Die Tätigkeit der Kartelle erstreckt sich auf die Förderung der Gewerkschaftsagitation, der Erziehungs- und Bildungsarbeit, auf die Rechtsbelehrung und Rechtshilfe, auf die Förderung des Arbeiterzweckes, auf die Herbeiführung einer guten Interessensvertretung der Arbeiter bei Wahlen zu sozialpolitischen Körperschaften und im Bedarfsfalle auf die Mitwirkung bei Unterstützungsaktionen der Gewerkschaften.

In bezug auf die Förderung der Gewerkschaftsagitation ergibt die Statistik des Berichtsjahres leider keine völlig befriedigenden Resultate. Es wurden von den Kartellen 3288 Versammlungen veranstaltet. Referentennachweise bestanden an 82 Orten. Die Gesamtzahl der statistischen Erhebungen betrug 114, davon entfielen auf Arbeitslohnzählungen 27. Vergleicht man diese Ergebnisse mit denen früherer Jahre, so zeigt sich, daß die Kartelle sich von ihrem ureigensten Gebiet, die Förderung der Gewerkschaftsagitation, immer mehr und mehr zurückzuziehen lassen und darauf eine geringere Tätigkeit einzusetzen. Gegen das Jahr 1905 wurden 382 Versammlungen weniger abgehalten und die Zahl der Erhebungen hat sich um 17 vermindert. Dabei noch zu berücksichtigen ist, daß seit 1905 der Kartellbestand sich von 465 auf 717 vermehrt hat. Etwas besser sieht es hinsichtlich der Arbeiterinnenagitation aus; die Zahl der hierfür eingeleiteten Vertrauenspersonen und Agitationskommissionen stieg von 62 auf 101, hielt also wenigstens mit der Vermehrung der Kartelle Schritt. Aber noch immer entbehren über 50 Prozent der Kartelle solcher Einrichtungen. Dagegen wurde der Sozial- und Herbergsitz erheblich gesteigerte Aufmerksamkeit zugewendet. Es wurden 1912 unterhalten 29 Herbergsitze und 77 Gewerkschaftshäuser. Unter der Kontrolle der Kartelle stehen 349 Herbergen bei Gastwirten und 36 Kartelle haben Herbergen in eigener Regie. 1905 waren insgesamt 395 solcher Einrichtungen vorhanden, vor allem liegt die Zahl der Gewerkschaftshäuser um das Dreifache. Der hohe Wert der Gewerkschaftshäuser für die Gewerkschaften und ihre Wirksamkeit an Orte soll keineswegs unterschätzt werden. Wo es an ausreichenden Besammlungsräumen fehlt und solche auch durch Kämpfe nicht zu erlangen sind, da bleibt den Gewerkschaften schließlich nichts anderes übrig, als selbst für solche zu sorgen. Doch soll an die Errichtung eigener Gewerkschaftshäuser mit großer Vorsicht herangegangen werden, da diese Gründungen hohe finanzielle Anforderungen an die Gewerkschaften stellen und die eigene Regie häufig eine Quelle zahlloser Mißheftigkeiten bildet, deren Austragung in Gewerkschaftskreisen der Agitation nicht förderlich ist.

Für die Bildungs- und Erziehungsarbeit der Kartelle kommt, soweit sie nicht aus der Agitation selbst befruchtet wird, die Unterhaltung von Bibliotheken und Lesezimmern, die Einrichtung von Unterrichtsreisen sowie die Einleitung von Bildungsreisen und Jugendkommissionen in Betracht. Vergleichen wir auch hier, was die Kartelle auf diesem Gebiet früher leisteten und was sie heute leisten, so zeigt sich hier ein ganz anderer Fortschritt.

Es hatten von den Gewerkschaftskartellen im Jahre

	1905	1910	1912
Gewerkschaftsbibliotheken	22	46	58
Lesezimmer	39	71	98
Bildungsreisen	—	22	42
Jugendkommissionen	—	23	45

Die Zahl der Bibliotheken und Lesezimmer ist in diesem Zeitraum mehr als verdoppelt worden. Daneben wurde, gewissermaßen als Nebenertrag, die Bildungsorganisation und Jugendpflege in Angriff genommen und aus dem Jahr heraus über 100 Bildungsreisen und Jugendkom-

missionen geschaffen. Ein weitverbreitetes Netz von Institutionen der Volksbildung, zum Teil mit besoldeten Sekretären ist heute vorhanden und wenn die Statistik auch über die Zahl der von diesen Einrichtungen ausgehenden Veranlassungen und Kurse keine Auskunft gibt, so ist doch an ihrer fruchtbringenden Tätigkeit nicht zu zweifeln. Schon die krampfhaften Bemühungen und immensen Aufwendungen für die nationalpolitische Jugendfürsorge und der gehässige Kampf, der gegen unsere Jugendbewegung geführt wird, lassen erkennen, wie unsere Gegner diese Wirksamkeit einschätzen.

Auf dem Gebiete der Rechtsbelehrung und Rechtshilfe ist das Wirken der Gewerkschaftskartelle mühsertätig geworden. Es bestanden: 1912: 106 Arbeitersekretariate und 212 Auskunftsburauen. Über die Tätigkeit dieser Institutionen wird später in einer besonderen Statistik berichtet werden.

Für die Förderung des Arbeiterzweckes, der ja auch die vorerwähnten Rechtshilfeeinrichtungen in nicht geringem Umfange dienen, hat ein Teil der Kartelle besondere Kommissionen für die Vermittlung von Beschwerden an die Gewerbeinspektion für Bekämpfung des Koff- und Logiszwanges beim Arbeitgeber und für Bauarbeiterzweck eingesetzt. Weit Ausnahme der letzteren zeigt sich aber auf diesem Gebiete ein Rückschritt, der besonders hinsichtlich der Bekämpfung des Koff- und Logiszwanges augenfällig ist. Es bestanden nämlich bei den Kartellen:

Kommissionen für	1905	1910	1912
Beschwerden an Gewerbeinspektionen	149	139	133
Bekämpfung des Koff- u. Logiszwanges	129	48	42
Bauarbeiterzweck	195	228	257

Der Rückgang der Beschwerdekommisionen könnte durch die Zunahme der Arbeitersekretariate hinreichend erklärt werden; dies trifft indes für das fast völlige Verschwinden der Koff- und Logiszkommisionen nicht zu und es ist nur zu bedauern, daß das Interesse der Kartelle für diese Aufgabe so geschwunden ist, denn sicherlich bleibt auf diesem Felde noch genug zu tun übrig. Wenn die Zahl der Bauarbeiterzweckkommissionen mit der Zunahme der Zahl der Kartelle nicht gleichen Schritt gehalten hat, so hat dies weniger zu bedeuten, da hier die Bezirksgliederung die Lücken an einzelnen Orten ausfüllt.

Über die Beteiligung der Gewerkschaftskartelle an Arbeitervertreterwahlen besagt die Statistik, daß 288 Kartelle (1910 = 264, 1905 = 175) im Berichtsjahre für diese Zwecke Aufwendungen finanzieller Art zu machen hatten. Es liegt auf der Hand, daß sich die Wirksamkeit der Kartelle für diese Aufgabe nicht in der Ausgabe von Geldmitteln erschöpft, sondern daß ein erhebliches Maß von Agitationsarbeit damit verbunden ist, und zwar dürfte dies unterschiedslos alle Kartelle treffen, wenn auch nicht in jedem Jahre Arbeitervertreterwahlen durchzuführen sind.

Ungeachtet der Steigerung der Arbeiten der Kartelle auf einer Reihe von Gebieten hat sich in vielen Städten bereits die Errichtung besonderer Gewerkschaftsbureaus mit besoldeten Kräften notwendig gemacht. Im Berichtsjahre waren 20 solcher Bureaus (1910: 18, 1905: 6) vorhanden, während in den meisten Städten die Arbeitersekretariate zugleich die Verwaltungsarbeiten der Kartelle übernehmen.

Die Unternehmer in der Schokoladen- und Zuderwarenindustrie und das Koalitionsrecht der Arbeiter.

In der Zuderwarenindustrie sind gegenwärtig mehr als 50 000 Personen beschäftigt, davon rund 2/3 Frauen. Der letztere Umstand weist schon darauf hin, daß die Organisation dieser Arbeiterklasse recht schwierig ist. Es kommt hinzu, daß die Hälfte der beschäftigten Männer aus Spezialarbeitern besteht, von deren technischem Können die Leistungsfähigkeit des Betriebes vielfach abhängig ist und die deshalb vom Unternehmer besser bezahlt und behandelt werden. Wer trotz dieser Schwierigkeiten gelang es dem Zentralverbande der Bäder und Konditoren, immer mehr und mehr in die Massen einzudringen und durch energische Kämpfe erzwang er von den Unternehmern nicht nur mancherlei Zugeständnisse, sondern gelangte in einer Reihe Betriebe auch zu Tarifverträgen. Sie sind allerdings in vielen Fällen erst als die Basis zu betrachten, auf der später wirklich gesunde Arbeitsverhältnisse aufgebaut werden sollen. Die Kämpfe in dieser Industrie werden durch den Umstand günstig beeinflusst, daß das Hauptgeschäft sich auf das Winterhalbjahr und besonders auf die Weihnachts- und Osterzeit zusammenkonzentriert und große Werte auf immer verloren gehen, wenn zu einer solchen Zeit ein Betrieb auf einige Wochen stillgelegt wird. In den meisten anderen Gewerben und Industrien kann ein Streikschaden hinterher leidlich wieder ausgeglichen werden; für ein verdorbenes Saisongeschäft in der Schokoladen- und Zuderwarenindustrie gibt es aber keine nachträgliche Deckung. Einen Gegenschlag durch Ausperrungen können die Unternehmer zu einer solchen Zeit nicht führen und so hat man sich in der Hauptfrage damit begnügt, nach der Saison die „Kadelführer“ zu maßregeln, sie auf schwarze Listen zu setzen und den Arbeitsnachweis selbst in die Hand zu nehmen.

Daß dadurch die Arbeiterorganisation von ihrem Vorgehen nicht abzubringen war, mußten die Unternehmer bald erkennen und so haben sie in den letzten Jahren mit sogenanntem Wohlfahrtsentwurf die Arbeiter zu fesseln versucht. Einige Herbsttage der Unternehmerorganisationen — man hat deren drei — haben sich mit den Lohnbewegungen im Bereiche beschäftigt und als bestes Mittel zum Erschaffen eines festen Arbeiterbundes Wohlfahrtsentwürfe empfohlen. Seitdem hat fast jeder Betrieb zu diesem Rettungsanker gegriffen. Der Zentralverband der Bäcker und Konditoren mußte sich deshalb auf seiner letzten Generalversammlung in einem besonderen Punkte mit dieser Frage beschäftigen und der Referent hierzu, Redakteur J. Weidner, konnte ein so charakteristisches Material vorlegen, daß eine kleine Auslese der schönsten Wägen auch die weitere Deutlichkeit interessieren wird. Sie sollen u. a. zeigen, wie geschickt das Unternehmertum mit großen Zahlen operiert, ohne in Wirklichkeit tief in die Tasche zu greifen, denn in jedem Falle werden ja nur die Zinsen eines „gepflegten“ Kapitals für die vorgesehene Zwecke zur Auszahlung gebracht.

Die Firma Kaiser in Bieren im Rheinlande, die in Deutschland über 1000 Verkaufsstellen ihrer Produkte unterhält, hat in einer Unterhaltungsstätte 50 000 Mark angelegt, die mit 6 % verzinst werden, also 3000 Mark p. a. bringen, von welcher geringen Summe die Arbeiter des Riesenbetriebes bei Krankheit und Notfällen Zuwendungen erhalten sollen. Dabei sind die Löhne für die große Masse der Arbeiter so gering, daß sie ständig im „Rotzacke“ sind! Ferner hat die Firma eine „Altersvorsorgekasse“ (Kapital 20 000 Mark), aus deren Zinsen die Arbeiter und Angestellten nach zehnjähriger Tätigkeit und wenn sie mindestens 30 Jahre alt sind, jedes Jahr im Januar einen Extra-Monatslohn erhalten können. Nach 20jähriger Beschäftigung hat der Betreffende Anspruch auf sein ganzes Guthaben, beendet er früher aus, so erhält er so oft ein Zwanzigstel des Gesamtbetrages, wie Hinterlegungen hat er erhalten. Wenn also beispielsweise ein Arbeiter durchschnittlich 100 Mark verdient — das sind aber die wenigsten in Betrieben! — und volle 10 Jahre seine Guthaben gesammelt hat (er ist dann auch mindestens 40 Jahre alt), so beträgt sein Gesamtguthaben mit Zinsen ungefähr

1300 Mark und er erhält zehnmal den 20. Teil = 650 Mark. Das sieht viel aus, es macht aber auf die 20 Jahre, die der Mann im Betriebe war, pro Arbeitswoche 62,5 Pfg. Dafür verkaufen die dortigen Arbeiter ihr Koalitionsrecht und lassen sich jahrzehntelang an den Betrieb fesseln! Die Firma hat auch noch eine Stiftung, die der Wöchnerinnen- und Säuglingspflege gewidmet ist, 150 000 Mark beträgt und 7500 Mark Zinsen bringt. Man läßt sich in Bieren also etwas kosten, „zufriedene“ Elemente großzuziehen.

Die bekannte Kakao-Kompagnie Reichardt u. Co. in Wandersbeck bei Hamburg, eine Gesellschaft, zu der leibhaftige Fürsten gehören, hat das Kostwesen in den Großbetrieb eingeführt. Für 5 Pfg. gibt es dort ein Mittagessen und für 20 Pfg. kann auch noch jedes Familienmitglied des Arbeiters eine Portion erhalten. Die große Hälfte der Arbeiterschaft nimmt an diesen Abipfeisungen teil. Das sieht sehr wohlthätig aus — die Firma leidet aber an jeder Mahlzeit nur 17,1 Pfg. oder pro Woche 1 Mk. 2,6 Pfg. zu. Sie bezahlt dafür auch im ganzen Hamburger Städtegebiet die schlechtesten Löhne.

Die Marzipanmassenfabrik O. C. Netter in Bahrenfeld-Altona hat zu Pensionskasse, Dienstalterszulagen und Sparkasse ihre Zuflucht genommen. Sie verspricht bereits nach fünfjähriger Tätigkeit im Betriebe bei eintretender gänzlicher Arbeitsunfähigkeit eine monatlich zahlbare Jahresrente von 200 Mark pro Jahr, nach 10 Jahren 300 Mk., nach 15 Jahren 400 Mk. und nach 20 Jahren 500 Mark. Dienstalterszulagen gewährt sie, beginnend bei vierjähriger Beschäftigung nach und nach bis zu 208 Mk. für männliche und 104 Mk. für weibliche Personen. Und in die Sparkasse des Arbeiters zahlt sie nach 10jähriger Beschäftigung im Betriebe jedes Jahr 100 Mk. bis zum 20. Jahre. Nach 20 Jahren zahlt sie jedes Jahr 500 Mk. Das sind gewiß starke Lockmittel für die Arbeiter, treu und brav zu sein. — Es sieht aber auch hier nach außen glänzender aus als es ist, denn die Pensionseinrichtung soll z. B. bisher nur einer einzigen Person im Betriebe zugute gekommen sein. Und wenn diese Firma in der Tat etwas mehr für die alten Betriebsarbeiter übrig hat, so tut auch sie zu dem unverschämten ausgesprochenen Zweck, dadurch die Leute zur Verzichtleistung auf ihr Koalitionsrecht zu veranlassen.

Die alte Schweizer Schokoladenfabrik Kuff-Suchard, die in Lörrach einen Zweigbetrieb, zirka 500 Köpfe stark, unterhält, kauft wieder in einer ganz anderen Art. Sie zahlt an die Angehörigen eines verstorbenen Arbeiters, wenn er 15 Jahre im Betriebe war, 800 Mk. Wer vorher den Betrieb verläßt, hat keinerlei Anspruch. Suchard denkt aber nicht nur an das Sterben — auch an das Hochzeitsmahl und an neues Leben erwecken, d. h. wenn dabei nicht die strenge Sittlichkeit verlernt wird. Er gibt ein Hochzeitsgeschenk von 100 Mk., aber nur, wenn das erste Kind sich nicht vor wohlhabgehaltene neun Monaten nach der Eheschließung aus dem Mutterleibe wagt! Suchard sorgt auch noch in anderer Weise für ein ordentliches Betragen seiner Leute. Jeder minderjährigen Person im Betriebe zieht er jede Woche von jeder Mark Lohn 10 Pfg. ab, legt sie auf der Sparkasse an und zahlt die Summe erst bei erreichter Großjährigkeit aus. Selbst dann, wenn der Arbeiter oder die Arbeiterin den Betrieb verläßt, zahlt die Firma nur das Geld heraus, wenn es ihr gefällig ist! Sie läßt sich hier das Recht durch einen Vertrag mit den Eltern des Minderjährigen geben. Die Firma hat auch noch eine andere Verwendung für Arbeitergelder. Sie gibt „Arbeiteraktien“ auf ihr Unternehmen in Höhe von 200 Mk. auf Teilzahlung aus und garantiert eine „Dividende“ von 5 Prozent. Ein Stimmrecht in den Generalversammlungen der Gesellschaft steht allerdings den Inhabern solcher Aktien nicht zu.

Hervorragend in „Wohlthätigkeit“ sind auch die Dresdener und die Berliner Großfirmen der Schokoladenbranche. Pensions-, Altersvorsorge und Sparkassen in dieser oder jener Form haben fast alle. Hildebrandt u. Sohn z. B. stiftete vor einigen Jahren eine Viertelmillion zu solchen Zwecken. Sarotti hat neben der Pensionskasse noch einen Sparverein der Arbeiterschaft gegründet; da aber wahrscheinlich zu gut gepart wurde, hat er in den letzten Jahren die Löhne der älteren Leute ganz erheblich heruntergesetzt. Stollwerk stiftete die Jubilare in „Wilen“ an und läßt sie im Auto nach der Arbeit holen. Die Firma Hartwig u. Vogel hat auch einige solche Einrichtungen geschaffen — aber als 1911 ein Teil ihrer Leute in den Streit traten, wurden ihnen insgesamt 7500 Mk. Lohn einbehalten. Gelegentlich des eben erwähnten Streiks wurden die Vertreter der Arbeiterorganisation bei Hartwig u. Vogel gründlich behandelt und am Widerstande dieser Firma scheiterte anfänglich jede Verständigung mit den anderen Betrieben am Platze. Als aber vor kurzem, wo die Arbeiter als Konjunkturausgangspunkt in Dresden tagten — der Genossenschaftstag — da wurden ihre Vertreter auf das freundlichste bei einer Beschäftigung des Betriebes empfangen. So freundlich, daß einige der Arbeiter, die damals ihr Geld einbüßten, schon zu dem Glauben neigten, die Firma wolle jetzt ihre Handlungsweise von 1911 wieder gut machen und werde ihnen auch noch das einbehaltene Geld herauszahlen. Ob sie recht haben werden?

Die wenigen Beispiele, die hier gegeben werden konnten, zeigen, wie findig der Kapitalismus ist, den Arbeitern ein K für ein U zu machen, und wie schlau er zu kalkulieren versteht. Die Riesenbetriebe, die, wenn es hoch kommt, im Jahre 10, 20 oder 30 000 Mark unter Entfaltung größter Reklame als Wohlthätigkeit ausgeben, spüren eine solche Ausgabe gar nicht. Auch dort, wo sie am höchsten ist, belastet sie den Betrieb noch nicht entfernt so stark als wie z. B. die Uebernahme der Bezahlung des Kranken- und Zwalidengeldes, wie sie in einigen Genossenschaftsbetrieben üblich ist. Und das kleine Bild hat auch gezeigt, mit welchen Schwierigkeiten tatsächlich die Organisation der Arbeiterklasse in der Schokoladen- und Zuderwarenindustrie zu rechnen hat, und daß der Verband deshalb mit Recht eine Unterstützung der allgemeinen Arbeiterklasse beanspruchen darf. Sie ist ja so leicht zu gewinnen!

Aus der Jugendbewegung.

Gegen den Pfadfindervertrag wendet sich der neugebildete Landesauschuß für Jugendpflege in Sachsen. Auch er will sich der Jugend zwischen Schule und Wehrpflicht annehmen und in „nationaler Jugendberufshilfe“ machen, aber er lehnt bemerkenswerterweise den Pfadfindervertrag ab. In einer Erklärung, die dieser Landesauschuß für Jugendpflege erläßt, heißt es: „Als seine engere Aufgabe betrachtet der Landesauschuß nach wie vor die Sorge für die männliche Jugend zwischen Schule und Wehrpflicht und auch gerade in Hinsicht auf die Wehrpflicht. Er lehnt aber ausdrücklich jedes Vorgehen bestimmt militärischer Art ab, wie insbesondere das Exerzieren mit Gewehren, die Führung militärischer Titel und dergleichen. Er hat hierüber in der letzten Versammlung seiner über ganz Sachsen verbreiteten Mitglieder einhellig eine Erklärung beschlossen als Pfadfinder für die ihm angeschlossenen Verbände und zur Abwehr von ihm gegenüber erhobenen unberechtigten Angriffen.“ — Was mit dem Krieg- und Geländespelung der Pfadfinder will dieser Landesauschuß nichts zu tun haben. Er desavouiert damit die neueste Spielart der nationalen Jugendbewegung, die mehr und mehr selbst von ihren Feinden verlassen wird.

Wann erhalte ich Altersrente und wieviel?

Altersrente erhält der Versicherte vom vollendeten 70. Lebensjahre an, auch wenn er noch nicht invalide ist. Nun glauben viele Versicherte, wenn das 70. Lebensjahr vollendet ist, muß Altersrente gewährt werden. So einfach ist das nicht. Der Versicherte muß nachweisen, daß er 1200 Invalidentenversicherungsmarken geleistet hat. Da aber für den größten Teil der Versicherungspflichtigen die Versicherung erst mit dem 1. Januar 1891 in Kraft trat, kann heute noch niemand 1200 Wochenbeiträge geleistet haben. Wie erklärt sich aber, daß schon seit Jahren Altersrente gezahlt wird? Das Gesetz sagt, daß denjenigen Versicherten, die beim Inkrafttreten der Versicherungspflicht für ihren Berufsstand das 40. Lebensjahr vollendet haben, auf die Wartezeit (1200 Beiträge) für jedes volle Jahr, um das sie an diesem Tage älter als 40 Jahre waren, 40 Wochen angerechnet werden. Nehmen wir an, es war jemand am 1. Januar 1891 60 Jahre alt, so war derselbe 20 Jahre über 40; er erhielt also 20 mal 40 Invalidentenmarken = 800 „gut“ geschrieben, so daß nur noch 400 Marken bis zu 1200 nötig sind. Diese Bestimmung ermöglicht es also, daß schon seit Jahren Altersrente gezahlt wird.

Für die Hausgewerbetreibenden der Tabakfabrikation trat die Versicherungspflicht mit dem 4. Januar 1892, für Hausgewerbetreibende der Textilindustrie mit dem 2. Juli 1894 und dem 1. Januar 1896 in Kraft. Hier kommt die Bestimmung betreffs des 40. Lebensjahres und der 40 Wochen von diesem Zeitpunkte an in Frage.

Die Anrechnung dieser 40 Wochen pro Jahr erfolgt aber nur dann, wenn solche Versicherte während der dem Inkrafttreten unmittelbar vorangegangenen drei Jahre berufsmäßig, wenn auch nicht ununterbrochen, eine Beschäftigung gehabt haben, für die inwieweit die Versicherungspflicht eingeführt worden ist. Für die Arbeiter kommen also die drei Jahre 1888, 1889 und 1890 in Frage. Den Nachweis der berufsmäßigen Beschäftigung in den genannten drei Jahren braucht derjenige Arbeiter nicht zu führen, der für die ersten fünf Jahre nach Eintritt der Versicherungspflicht (also für die Jahre 1891 bis einschließlich 1895) mindestens 200 anrechnungsfähige Beitragswochen auf Grund der Versicherungspflicht nachweisen kann. Wer diese 200 Marken in den ersten fünf Jahren nicht geleistet hat (was ja aus den Aufrechnungsbescheinigungen mit einigermaßen Sicherheit zu ersehen ist), der sollte sich beizeiten notieren, wo, was und wie lange er in den Jahren 1888, 1889 und 1890 gearbeitet hat. Arbeiter, Gehilfen, Gesellen, Diensthofboten, Handlungsgehilfen und Betriebsbeamte, die im Laufe des Jahres 1913 ihr 70. Lebensjahr vollenden und Altersrente beanspruchen, müssen zu diesem Zweck mindestens 880 bis 920 Beitragswochen nachweisen, wer nach Eintritt in die Versicherung beschäftigt war als Hausgewerbetreibender der Textilindustrie mit Versicherungspflicht vom Jahre 1894 mindestens 734 bis 774 Beitragswochen, die Hausgewerbetreibenden der Textilindustrie mit Versicherungspflicht vom Jahre 1896 benötigen 680 bis 720 Beitragswochen.

Alters- und Invalidentrente kann nicht zusammenbezogen werden. Es wird immer der Betrag der höheren Rente ausbezahlt. Dagegen kann Unfall- und Altersrente bis zum 7/8-fachen Grundbetrag der Invalidentrente zusammenbezogen werden. Sehr oft hört man von alten Leuten die Meinung, der Staat fordere von selbst auf, die Altersrente zu beantragen. Das ist falsch. Der Arbeiter muß selbst, wenn er das 70. Lebensjahr vollendet hat, die Altersrente verlangen. Sind bis zum vollendeten 70. Lebensjahre noch nicht genügend Invalidentenmarken geleistet, dann muß mit dem Antrag auf Altersrente gewartet werden, bis die nötige Anzahl von Marken erreicht ist. Die Rente kann nicht vor Ablauf derjenigen Woche beginnen, auf welche die letzte zur Erfüllung der Wartezeit erforderliche Beitragsmarke entfällt.

Der Bezug einer Altersrente befreit nicht von der Invalidentenversicherungspflicht. Wer aber Invalidentrente bezieht, darf nicht mehr Marken fleben. Freiwillige Beiträge, die nach Vollendung des 70. Lebensjahres entrichtet worden sind, können auf die Zeit vor dem 70. Lebensjahre nicht angerechnet werden, soweit diese Beiträge zur Begründung eines Altersrentenanpruchs dienen sollen.

Die Höhe der Altersrente wird wie folgt festgesetzt: Das Reich gibt für jede Rente einen jährlichen Zuschuß von 50 Mk. Die Landesversicherungsanstalt zahlt zu in der Lohnklasse I: 60 Mk., Klasse II: 90 Mk., III: 120 Mk., IV: 150 Mk. und V: 180 Mk. Für Beiträge verschiedener Lohnklassen wird der entsprechende Durchschnitt gewährt. Sind über 1200 Beitragswochen nachgewiesen, so scheiden die überhöhten Beiträge der niedrigsten Lohnklassen aus. Würde über beispielsweise ein Arbeiter in der IV. Lohnklasse 1200 Marken geleistet haben, dann bekäme er 50 Mk. vom Staat und die eben erwähnten 150 Mk. von der Landesversicherungsanstalt (siehe oben), also zusammen 200 Mk. In Lohnklasse II beträgt die Rente 50 + 120 = 170 Mk. usw. Sind in allen fünf Lohnklassen Marken verwendet, dann wird die Rente zum Beispiel auf diese Weise berechnet:

100 Marken in Lohnklasse I . . .	100 × 60 =	6000
150 " " " " " " " " " " " "	110 × 90 =	9900
160 " " " " " " " " " " " "	120 × 120 =	14400
340 " " " " " " " " " " " "	140 × 150 =	21000
450 " " " " " " " " " " " "	150 × 180 =	27000
1200		170700
170700 : 1200		142,25 Mk.
Reichszuschuß		50,-
Altersrente		192,25 Mk.

Im Jahre 1911 wurden in Deutschland 11 585 Altersrenten mit einem durchschnittlichen Jahresbeitrage von 165,30 Mark festgesetzt. Die höchste Altersrente, die erreicht werden konnte, betrug 230 Mk. (50 Mk. Reichszuschuß und 180 Mk. Anteil der Versicherungsanstalt). Der Antrag auf Altersrente beim Versicherungsamt zu stellen. Letzte Invalidentenrente und Geburtsurkunde müssen mit genommen werden.

Aus Nah und Fern.

Ein Polizeipräsident, der sich zu helfen weiß. Nervöse Leute, so schreibt unser Stettiner Parteiblatt, kann der trauergläubige zur Verzweiflung bringen, er stört ihre Ruhe und stört sie noch mehr bei der Arbeit, aber sie können nichts dagegen machen und müssen sich mit ihm abfinden. Bleibt denn also nichts übrig, als alljährlich ein paar blanke Goldstücke aufzusparen, um in den Ferien ihre Nervenkraft frisch zu machen. Und wenn auch dies des Schicksals Lücke versagt, bleibt eben nur übrig, zu leiden und zu klagen. Denn kann doch nicht ein jeder Mann Stettiner Polizeipräsident sein! Dieser Herr hat ein probates Mittel gefunden den Straßenlärm zu erfinden, aber leider gilt auch hier das Wort: „Eines schadet sich nicht für alle.“ Doch da der eine oder andere unserer nervösen Mitmenschen einmal Polizeipräsident werden kann, sei ihm verraten, wie's gemacht wird. Nämlich wenn gegenüber seiner Amtsstube ein Neubau angefangen wird und nun Fußböden gelegt, Türen und Fenster eingeschlagen werden, dann kann der damit verbundene Lärm nicht vermieden werden, wenn man per verschiedene Male Schußleute auf den Bau schickt und

den Handwerkern das Arbeiten verbietet. Wenn nicht geklopft wird, hört man nichts mehr davon und der Lärm ist beseitigt. Die Lärmverhinderung ist also die einfachste Sache von der Welt! Da aber der Bau doch auch einmal fertig werden muß, so dekretiert man einfach, daß nur von 6 bis 9 Uhr vormittags und 1 bis 4 1/2 Uhr nachmittags gearbeitet werden darf, dann wird wenigstens während der Amtsstunden nicht geklopft und die ubliche Ruhe preußischer Amtsstuben nicht gestört. — Wir glauben zwar nicht, daß solche „Polizeiordnungen“ zu Recht bestehen, aber wenn's doch so wäre, dann hätten wir keinen innigeren Wunsch als den: „Ach, wenn wir doch auch Polizeipräsident wären!“

Revolte in einer Fürsorge-Anstalt. Am Mittwochabend ist es, wie aus Stettin gemeldet wird, in der Warsower Fürsorgeanstalt zu einer Revolte gekommen. 70 Zöglinge benutzten die Abwesenheit des Hausvaters und brachen aus. Vorher hausten sie in dem Hause wie Vandalen, schlugen die Fenster Scheiben ein und zerschritten Bettlücken usw. Die Wurschen flohen in den nahen Forst. 48 Ausreißer konnte man wieder habhaft werden. Teils stellten sie sich freiwillig, teils wurden sie von der Polizei festgenommen. Der Grund zur Tat dürfte nur in starkem Freiheitsdrang zu suchen sein.

Singerichtet wurde gestern auf dem Hof des Strafgefängnisses Plöhensee der Techniker Karl Stahl, der seine Verlobte, die Köchin Rosenberg, am 28. März v. J. erschossen hatte.

Als Leichen geborgen. Die Leipziger Touristen Hecht und Müller wurden, wie aus Junsbrück telegraphiert wird, zwischen dem Zugspitzgipfel und der Wiener Neustädter Güte als Leichen geborgen. Wahrscheinlich hatten sie sich im Schneesturm verirrt.

Wenn die Frau Großherzogin reist . . . Ein allerliebster Schuß aus dem demokratischen Mutterlande Baden wird in Nr. 187 der „Frankf. Ztg.“ geschildert: Ein Eilzug fährt von Heidelberg nach Mannheim. Ein Salonwagen ist angehängt, in dem sich die Großherzogin-Witwe Luise befindet. In Friedrichsfeld geht der Schaffner durch alle Wagen und sagt in nächstem Tone: „In Mannheim nie man d aussteigen, bis die Großherzogin Luise den Zug verlassen hat!“ In Mannheim fährt der Zug langsam ein, alle Passagiere heben die Köpfe zum Fenster hinaus. Eben wird am Hofwagen ein Trittbrett heruntergelassen, der Bürgermeister mit einem mächtigen Bußel und noch einige hohe Beamte stehen vor dem Hofwagen und machen ihre Anrede. Im letzten Wagen will ein robuster Mann heraus, der Schaffner springt herbei und wehrt es ihm. „So lasse Sie mich doch raus, ich hab' wichtige Geschäfte!“ ruft jener. „Niemand darf raus,“ schreit der Schaffner, „dort vorne ist die Großherzogin und da darf niemand raus.“ „Ich sag' Ihnen, ich geh' raus,“ schreit der Passagier, „ich hab' Geschäfte und geh' raus.“ — „Sie bleibe drinn.“ — „Ich geh' raus.“ — „An Sie bleibe drinn.“ Da macht der Mann die Tür auf, der Schaffner schlägt sie wieder zu; es schreit noch einer, er muß auch raus. Mit einem Ruck fliegt die Tür wieder auf und der Passagier steht auf dem Perron und schreit aus Verzweiflung: „Ich bin doch kein Sträfling, daß Sie mich mit raus lassen, ich hab' zu tun in Mannheim und hab' gar nix dagegen, daß da vorne die Großherzogin ist und daß die amere deshalb all nit raus derfe, aber ich hab' Geschäfte,“ schreit er fort und fort und geht dabei durch die Sperre. Wie er schon durchgegangen ist, ruft ihm der Schaffner nach: „Non, ich will Ihre meinewege durchgehen lassen.“ Da lacht der Passagier laut und ruft: „Danke schön.“ — „Ist es nicht sonderbar, daß nur der eine Passagier gegenüber der denoten Willkür der Beamten sein Recht wahrte?“ fragt im Anschluß hieran der Gewächsmann der „Frankfurter Zeitung“, worauf wir ihm antworten möchten: Durchaus nicht! Uns wundert vielmehr, daß in dem Heidelberg Sitzzug sich überhaupt ein Mensch fand, der sich die „denote Willkür der Beamten“ nicht ruhig gefallen ließ. Denn dem „besseren“ Publikum ist die knechtische Unterwürfigkeit vor jeder Schammanns- oder Beamtenuniform doch schon dermaßen in Fleisch und Blut übergegangen, daß es sich nicht wohl fühlt, wenn es nicht angeknauert wird.

Beim Spielen mit einer Schießwaffe hat der vierzehnjährige Sohn des Gastwirts Erdmann in Jerslohn seinen zwei Jahre jüngeren Bruder erschossen. Ein ähnliches Unglück hat sich in Buchholz bei Schwerte a. Ruhr ereignet. Dort spielte das fünfjährige Söhnchen des Wirts Hunter mit der Büchse des Vaters, als dieselbe sich plötzlich entlud.

Mordversuch und Selbstmord. In Düsseldorf gab der 28-jährige frühere Former Panefel zwei Schüsse auf seinen Schwiegervater, den 58-jährigen Kolonialwarenhändler Langenburg ab und oerlechte ihn dadurch schwer. Panefel erhob sich darauf selbst. Der Grund zur Tat ist, daß Langenburg Panefel das ihm bei der Verheiratung übertragene Geschäft entzog, weil er davon nichts verstande.

Risiko der Arbeit. Auf der Zeche Adolf Hansemann bei Essen a. Ruhr sind zwei Bergleute verstrickt und getötet worden.

Bei den Unruhen in Mülhausen i. Elsaß sind zwei Arbeiter derart verletzt worden, daß sie verstarben. Die Verdrigung fand gestern unter demonstrativer Beteiligung der Arbeiterschaft statt.

Vom heiligen Bureaukratismus erzählt jemand in der „Köln. Ztg.“ das hübsche Stücklein: „Ich schrieb aus dem Ausland an das Einwohneramt einer deutschen Großstadt eine Postkarte mit Rückantwort. Darin bat ich um Angabe der Adresse eines Herrn — heißen wir ihn Paul Niemann. Mit mäßiger Eile kam die Antwort: „P. N. Die erbetene Auskunft kann nur nach vorheriger Einwendung von 60 Pf. erteilt werden. Briefmarken werden nicht in Zahlung genommen. Das Einwohneramt . . .“ Ich rechne nach: 20 Pf. für die Karte mit Rückantwort, 60 Pf. für die Auskunft, 20 Pf. für die Postanweisungsgebühr ergibt eine runde Mark für die Angabe einer Straße und Hausnummer, die mit demselben Arbeitsaufwand auf der Antwortkarte hätte angegeben werden können. Nein, der Amtsschimmel war mir doch zu teuer. Natürlich flüchte ich auf ihn und gab die Karte meinem Freund, damit er mich im Fluchen unterstütze. Aber der jung auf einmal unmäßig zu lachen an und zeigte auf einen winzigen amtlichen Vermerk in der linken Ecke der Karte: „Betrifft: Paul Niemann, hier, Bahnhofstraße 98, III.“

Schweres Brandunglück. Infolge der Explosion einer Benzinflasche brach in Ste. Menesbould, Dep. Marne, ein Brand aus, bei dem eine Frau und ihr neugeborenes Kind verbrannten. Zwei Personen liegen im Sterben. Eine fünfte Person ist leicht verletzt.

Autounglück. Unweit des Ortes Godorf bei Köln fuhr das Automobil einer Familie aus Ronsdorf mit voller Wucht gegen einen Baum. Das Automobil wurde vollständig zerknüllt. Die Frau des Besitzers des Autos und seine Tochter wurden tödlich verletzt. Auch der Besitzer und sein Chauffeur erlitten erhebliche Verletzungen.

Ein außerordentlich heftiges Gewitter ging gestern über den Gegend Koblenz (Rheinland) nieder. Viele Personen sind vom Blitz erschlagen.

Unwetter. Aus der Zentral- und aus der Ostschweiz sind Nachrichten über Unwetter eingelaufen. Verschiedene Alpenstationen melden Schneefälle bis 1500 Meter Höhe herunter sowie bedeutenden Temperaturfall. Auch in den bayerischen Bergen ist ein bedeutender Wettersturz eingetreten. Auf den Höhen von 1000 Metern ab liegt Neuschnee. Es herrscht eine ungewöhnliche Kälte. Durch den Schneeeindruck wurden die Wälder geschädigt.

Angeschossen. In Besaignes bei Chaumont sind bei einer Wildschweinjagd zwei Landwirte durch einen unglücklichen Zufall von mehreren, einer anderen Jagdgesellschaft angehörigen Jägern angeschossen worden. Die Täter sind nicht ermittelt.

Schrecklicher Fund. Mittwoch fand man auf dem Bahnhof in einer Vorstadt von Paris eine vollständig verstrümmelte Leiche, der Kopf und Beine fehlten. Es konnte noch nicht festgestellt werden, um wen es sich handelte. Man fand aber bei dem Toten eine Eisenbahnfahrkarte von Hamburg, die den Stempel vom 13. Juni trug, und eine Stahlfuhr.

Das kommt von der „patriotischen“ Erziehung. Der Landrat des Kreises Marienburg gibt an die Gemeindevorstände und Ortsausschüsse für die Jugendpflege des Kreises Marienburg folgenden Ministerialerlass zur Kenntnis:

„Der Gebrauch von Schießgeräten bei Veranstaltungen für die schulentlassene männliche Jugend führt leicht zu Unzuträglichkeiten und Unfällen.“

„Ich erlaube daher ergebenst, diesem Gebrauch durch Vermittlung der Jugendpflegeauschüsse und in sonst geeigneter Weise entgegenzuwirken.“

Da haben wirs ja: „Die Geister, die ich rief, ich werde sie nimmer los.“

Allerlei Wissenswertes.

Berufsmißbildungen der Knochen.

Die bekannteste Verbildung der Knochen infolge Einwirkung des Berufs ist die sogenannte Schusterbrust. Man versteht darunter eine kleine Einseitigkeit des Brustbeines, der der kleine Schuster unterworfen ist, der, auf niedrigem Schemel sitzend, über der Arbeit mit stark gekrümmtem Rücken gebeugt, bei der Herstellung namentlich der Sohlen und Leisten diese mit Kraft gegen das Brustbein stemmt. Eine Verkrümmung der Wirbelsäule findet man bei den Gondolieren, bei Steinmetzen, welche das Baumaterial gewöhnlich auf die linke Schulter auf Leitern den Maurern zuführen. Dr. Peltesohn-Berlin sah Wirbelsäulerverkrümmungen auffallend häufig bei jungen Schneiderinnen, ferner bei Kaufleuten; erstere sind in angelegter Arbeit im Schneideratelier oder als Heimarbeiterinnen in gebückter Stellung tätig. Aufkeibildung findet man bei Bergleuten, die in gebückter Stellung unter Tage arbeiten. Bei Arbeitern und Arbeiterinnen, die lange Zeit einen und denselben Handgriff usw. an einer Maschine auszuführen haben, finden sich Schwächezustände und Lähmungen der Hände. Eine berufliche Mißbildung der Hände findet sich bei Wäscherinnen und Plätterinnen, die beim Plätten die gebeugten Hände mit großer Gewalt auf den Griff des Bügeleisens drücken. Zu den Berufsmißbildungen der Beine stellen die Arbeiter ein ganz besonders großes Kontingent. Es hat seinen Grund in langdauernden Arbeiten im Stehen bei ungenügender Sitzgelegenheit und Neigung zu rheumatischen Affektionen durch Tätigkeit im Freien, in Zugluft und Feuchtigkeit. Das X-Bein ist die charakteristischste Berufsformität der Bäcker und Schlosser. Die Zahl der Plattfußkranken ist Legion. Alle jene Berufe, die viel Stehen und Gehen bedingen, führen zur Abflachung des Fußgewölbes und zwar in jedem Lebensalter. Wichtiger als die Behandlung ist hier die Verhütung. Man muß auf weitere Verschärfung der gesetzlichen Schutzbestimmungen für jugendliche Arbeiter dringen, besonders die Forderung nach weiterer Verringerung der höchstzulässigen Arbeitszeit immer und immer wieder erheben.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

Ha, welche Lust, Soldat zu sein!

Gegenwärtig sind in Lübeck wieder zahlreiche Landwehrlente eingezogen worden, um beim Kommiß Übungen zu machen. Es sind zum meist ältere Leute, Familienväter, denen durch ihre Einberufung finanzielle Opfer auferlegt werden. Das muß getragen werden, da eben das herrschende System es so will. Man sollte nun wenigstens anerkennen, daß die Vorgesetzten bemüht sein würden, den Landwehrlenten die Übungswochen so erträglich wie möglich zu machen. Manche Offiziere tun das auch. Nicht aber der Leutnant Krauel. Als heute morgen die von ihm geführte zum größten Teil aus Landwehrlenten bestehende Kompanie eine Gefechtsübung machte, da regnete es bei den verschiedensten Gelegenheiten aus dem Munde des Herrn Leutnants Schimpfworte wie Schweinebände, Hammel, Saubande und andere „Liebenswürdigkeiten“. In der Kompanie herrschte großer Unmut über diese Behandlung, die sie sich als erfahrene, reife Leute — und noch dazu ohne Grund — gefallen mußten. Die Begeisterung für den Kommiß und seine wunderbaren Einrichtungen wird durch solche Vorgänge sicherlich nicht gefördert. X. Y. Z.

Literarisches.

„Ursprung der Religion und des Gottesglaubens“ von Heinrich Cunow, Verlag Buchhandlung Vorwärts Paul Singer, G. m. b. H., Berlin. Preis 1,20 Mk., gebunden 1,50 Mk. Der Verfasser hat sich die Aufgabe gestellt, in volkstümlicher Darlegung den Nachweis dafür zu erbringen, wie eng die Religionsvorstellungen der Naturvölker mit ihrer Lebensweise und ihrer Naturumgebung zusammenhängen. In seinem Vorwort sagt Cunow darüber: „Noch immer sieht man selbst in ethnologischen Werken auf die Ansicht, daß alle Religionsvorstellungen nichts anderes seien, als das sogenannte freie Spiel einer überhöhten Phantasie. Dieser flachen Auffassung gegenüber möchte ich darzutun, daß nicht nur der Gottes-Unterkulturs-Glaube der Völker überall von gleichen einfachen Grundvorstellungen ausgeht, sondern daß sich auch alle Religionsentwickelungen streng gekehrtmäßig innerhalb gleicher Bahnen vollzieht.“ Aus dem Inhaltsverzeichnis geben wir wieder: Die neuere Religionsforschung. — Die Entstehung der Geister- und Göttervorstellungen. — Die Anfänge des Geisterkults. — Vom Geisterkult zum Toten- und Ahnenkult. — Welterschöpfung. — Himmel und Hölle. — Ahnenvergötterung und Ahnenopfer. — Vom Ahnenkult zum Naturkult. — Ueberreste der Geister- und Ahnenvergötterung in der altindischen Religion. Das Buch werden auch diejenigen mit leichter Mühe lesen, denen die neue Religionsforschung und die Völkerkunde bisher unbekanntes Gebiete sind. Zu beziehen ist das Buch durch jede Buchhandlung.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stellung. Verleger: F. F. Schwarz, Druck: F. F. Schwarz, Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Zum 1. Oktober eine (5384)
Drei-Zimmer-Wohnung
 zu verm. Borwerk, Bogenstr. 3a.
 Freundliche abgeschlossene
Zwei-Stuben-Wohnung
 mit Zubehör zum 1. Oktober an
 einzelne Leute zu vermieten. (5388)
 Schlunacherstr. 14. pt., b. d. Orlstr.

Guterhalt. Sportwagen
 billig zu verkaufen.
 (5370) Sadowastr. 25.

Plüschgarnitur Sofa, 4 Stühle
 Plüschstuhl, Vertikal, bill. z. verl.
 (5372) Mariesgrube 2, Dohbart.
 Billig z. verkauf.: Kleider, Wäse,
 weiße Hüte, Kinderkleid., Jacketts,
 Kofüme. (5373) Hundestr. 107.

1 schwarzes Herren-Jackett
 mittlere Figur, zu kaufen gesucht.
 Angebote unter **B E** an die Expe-
 dition dieses Blattes. (5386)

Zweirädrige Pferdewarre
 zu verkaufen. (5394)
 Grüner Weg 24.

Ein guterhaltener Küchenschrank
 billig zu verkaufen.
 (5395) Wandorffstr. 27. part.

Bückbeeren Pfd. 25 Pfg. bei
 Körben billiger, empfiehlt
C. Prestin, Fleischerstr. 60.

„Qualitäts-Zigarren“
 in Kisten von 3.50 Mark an
 kaufen Sie in der
Spezial-Zigarren-Abteilung
 von **Ernst Vob**,
 große Burgstraße 39. 5388
 Empfehle besonders:
„St.-Felix-Brasil“
 in 5, 6, 7, 8 u. 10 g.-Packungen.
 Partie Tilsiter Käse net Pfd. 20 und
 30 Pfg. Limburger Käse ca. 1/4 Pfd.
 Stück 15 Pfg. (5365)
 Käselager Schlunacherstr. 12.

Betten, Bettfedern
 u. a. Betten-Artikel
 kaufen Sie billig und reell bei
Markt Otto Albers Kohlmarkt
 4. 10.
 z. B. kompl. Betten u. 12.50 Mk. an,
 Federn per Pfd. u. 45 Pf. b. 4 Mk.
 (52) Rote Lubeca-Marken.

Arnim-Drogerie
Arnimstr. 10 c
 empfiehlt feinste Sorten
 alle Sorten Lade, Pinjel, Leinöl,
 Firnis, Seife, Schmelzwachs,
 Speiseöl, Speise, Karbolinum,
 Holz- und Zinkoxyd. (5352)

Ba. geräuchert. Schinken 200
 im Ausschitt pr. Pfd. 110.4
 geräuch. Schinken 110.4
 Schweinsbacken 90.4
 fr. Schweinebraten 85.4
 diese Rippen 75.4
 gefochte Mettwurst 90.4
 Leberwurst, Hausmacher, 90.4
 m. Fleischstück 100.4
 fetter u. mager. Speck 90.4
 h. Sch. u. 4 Pfd. pr. Pfd. 80.4
 beites weisses Schmalz 80.4
 h. Sch. u. 2 Pfd. pr. Pfd. 65.4
 Anheiter, Spezialität
 seit 30 Jahren, pr. Pfd. 65.4

Karl Lahrtz, Böttcherstr.
 14 16
 vorm. M. Lahrtz. (5387)

Empfehle
**fäuml. Fleisch-, Wurst-
 und Aufschnittwaren**
 in prima Qualität.
Gustav Wietzke,
 Mühlenstraße 51. (5216)

Die Arbeitsgarderoben
 von
Bahr & Umlandt
 — Breite Straße 31 —
 sind anerkannt preisw. u. haltbar.
 Anzughosen . . 1.10 bis 3.50
 Hosen . . . 2.50 bis 5.50
 Hemden . . . 2.90 bis 7.50
 Gen. Cordhosen 1.00 bis 9.50
 Schlofferanzüge 2.80 bis 5.00
 Kleid- u. Paraphorien in allen
 Größen.
 Trotz der billigen Preise
 (5) sind Exzellenzen.

Gelegenheits-Kauf!

Einige hundert Hutformen,
 welche wir zufällig ganz billig kauften, gelangen von heute ab zu
enorm billigen Serien-Preisen zum Verkauf.

Serie I. Moderne Kinder-Hüte 25 Wert bis 1.95	Serie II. Litzen- und Bast-Hüte 95 schwarz, creme, fbg. Wert b. 3.95	Serie III. Litzen-Hüte 195 schwarz, creme Wert bis 6.—	Serie IV. Echte Tagal- Pedat-Hüte 295 Wert bis 9.75
--	--	---	--

Garnierte Hüte zu jedem
Kinder-Hüte annehmbaren
Blumen Preis.
 noch große Auswahl.
 Volksfest-Angebot ganz extra billig, in Serien
 50.4 95.4 1.50 1.95 2.75. 35.4 55.4 95.4 1.25.

Alles auf Extra-Tischen ausgelegt!
 Beachten Sie bitte unsere Schaufenster!
 Aus unserer Weißwaren-Abteilung:
 Weiße Handschuhe 105 Mod. Batistkragen 35 Dam.-Strümpfe engl. 45
 lange Paar gestickt 95 55 haltbare Qualitäten v. lang
 Straßenhandsch. 55 Jabots hübsche Dessins 45 moderne Farben 75
 Paar 95 65

E. Badendiek.
 Spezial-Häuser für Damen-Putz:
 Königstr. 26. Sandstr. 28.

Eine große
Hand- und Hausbibliothek
 erhalten die Abonnenten von „Welt und Wissen“
 vollständig gratis
 und zwar nach Bezug eines Jahrganges, resp. 52 Hefen, 8 illust. Werke im Umfange von zusammen 480 Seiten. — „Welt u. Wissen“ erscheint wöchentlich im Umfange von 24 Seiten, reich illust., und bringt höchst interessante Abhandlungen aus all. Wissensgebieten zum Preise von nur 15 Pf. für das Heft.



Bestellschein
 für die Abonnenten des
„Lübecker Volksboten“.
 An die
Buchhandlung F. Meyer & Co.
 Lübeck, Johannisstraße 46.
 Ich abonniere hiermit auf
 „Welt und Wissen“
 a 15 Pfg. pro Heft.
 Name: _____
 Ort: _____
 Straße: _____

Den Gesellschaften erbitten wir auszufüllen an unsere Expedition oder durch unsere Deput.

Junge Kartoffeln
 10 Pfd. 60 Pfg., 25 Pfd. 1.25 Mk.
 (5351) Niemann, Zohnmühle 18.

Als Friseurin empfiehlt sich
Anna Bieninda,
 Rosengarten 5, I. (5389)
 Geschmackvolle Frisar . . . 49.4
 Amerik. Kopfwäsche m. Frisar 75.4

Visitkarten
 — H. Effenbeinkarton —
 100 Stück von Mk. 1.— an
 liefert
 Die Buchdruckerei des
 Lübecker Volksboten:
 Johannisstraße 46.

Rechnungsformulare
 Buchdruckerei des Lübecker Volksboten.
 Johannisstraße 46.

Unsere Gesellschaftsspiele
 haben sich bei groß und klein in kurzer Zeit sehr beliebt gemacht. Der beste Zeitvertreib für unsere Jugend, da die Spiele sehr unterhaltend sind und sie in keiner Familie fehlen sollten.
 Preis 60 Pfg., Mk. 1.— und Mk. 1.80.

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
 Johannisstraße 46.

Schulschreibhefte
 mit den neuen Schreibarten sind zu beziehen durch die
Buch- und Papierhandlung Friedr. Meyer & Co.
 Niederwallstraße erhalten hohen Rabatt.

Spüle
 mit
Henkel's
 Bleich-Soda.

Nur Glockengießerstr. 16:
Kaffee
 garantiert rein schmeckend
 Pfund 1.30 1.40 1.50 1.60 Mk.
Kakao
 garantiert rein (5371)
 Pfd. 80 Pfg. 1.00 1.20 2.00 Mk.
Gemahl. Zucker
 Pfd. 21 Pfg. bei 10 Pfd. 20 Pfg.
Carl Fr. Timm Nchfl.
 Zentralverband der
Maschinisten und Heizer
 sowie Berufsgen. Deutschl.
 Zahlstelle Lübeck.

Versammlung
 am Sonnabend, dem 12. Juli
 abends 8 1/2 Uhr
 im „Gewerkschaftshaus“
 Johannisstraße 50—52.
 Die Tagesordnung wird in der
 Versammlung bekannt gegeben.
 Um zahlreiches Erscheinen ersucht
 (5377) Der Vorstand.

Achtung!
 Deutscher
Bauarbeiter-Verbd.
 Zahlstelle Herrsburg u. Pölingau

Mitglieder-Versammlung
 am Sonnabend, dem 12. Juli
 abends 8 1/2 Uhr
 beim Kollegen Bohnhoff, Herrsburg
 Tagesordnung wird in der Ver-
 sammlung bekannt gegeben.
 (5389) Die Zahlstellenverwaltung.

Deutscher
Metallarbeiter-Verband.
 Verwaltungsstelle Lübeck.

Mitglieder-Versammlung
 am Sonnabend, dem 12. Juli
 abends 8 1/2 Uhr
 im „Gewerkschaftshaus“
 Johannisstr. 50—52.
 Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom 2. Quartal 1913
 2. Bericht von der Generalversamm-
 lung in Breslau.
 Um zahlreichen Besuch der Ver-
 sammlung ersucht
 (5393) Die Ortsverwaltung.
Gasthof am Kreuzweg
 5375 Seeretz.

Grosses Ringreiten
 am Sonntag, dem 13. Juli.
 Anfang 2 Uhr. Eintritt frei.
 Hierzu laden freundlichst ein
Die Reiter und E. Cordts.

Lübecker Sommer-Theater
 i. d. Stadthallen. Dir. Ernst Albert.
 Sonnabend, den 12. Juli 1913;
Das Heckenröschen.
 Lustspielnovität von Ernst Albert.
 Sonntag, den 13. Juli 1913:
Der Operettenschlager
FILMZAUBER.
 Donnerstag wieder mit jubelndem
 Beifall bei vollständig ausverkauftem
 Hause gegeben. Alle Schlager
 wurden da capo gesungen.
 (5379) Anfang stets 8 1/2 Uhr.